

HESSISCHE
STIFTUNG
FRIEDENS-UND
KONFLIKT-
FORSCHUNG

0855 12 1

Gert Krell

**Die Ostpolitik der Bundesrepublik
Deutschland und die deutsche Frage:**
Historische Entwicklungen und
politische Optionen

HSFK-Report 7/1989
November 1989

in memoriam Klaus von Schubert

090-1222
089-2280



Adresse des Autors:

Hessische Stiftung Friedens-
und Konfliktforschung (HSFK)
Leimenrode 29
D-6000 Frankfurt/M. 1
Telefon: 069/55 01 91
Telefax: 069/55 83 81

ISBN 3 - 926197 - 62 - 5

Preis: DM 9,00

Übersicht

1. Historische Belastungen und strukturelle Probleme westdeutscher Ostpolitik
 - 1.1 Revisionismus oder Versöhnung
 - 1.2 Revisionismus und Kalter Krieg
 - 1.3 Die moralischen Probleme des status quo

2. Politische Optionen und Entwicklungen
 - 2.1 Militärischer Revisionismus
 - 2.2 Westintegration und Ostpolitik aus einer Position der Stärke
 - 2.3 Revisionismus durch Verhandlungen und kalkulierte Schwäche
 - 2.4 Revisionismus plus Entspannung
 - 2.5 Die Neudefinition der nationalen Frage

3. Die deutsche Frage und die gegenwärtige Transformation des Ost-West-Konflikts

4. Zusammenfassung und Schlußfolgerungen

ZUSAMMENFASSUNG

1. Historische Belastungen und strukturelle Probleme westdeutscher Ostpolitik

Den Rahmen für alle Optionen bundesdeutscher Deutschland- und Ostpolitik bildeten drei Problemstellungen, aus denen sich zum Teil widersprüchliche Anforderungen ergaben: die Last des historischen Erbes, insbesondere der NS-Zeit, die Realität des Kalten Krieges und die moralischen Probleme des status quo.

1.1 Die politische und moralische Notwendigkeit der Versöhnung bekräftigte in der Ostpolitik der Bundesrepublik Deutschland den Zwang zur Kriegsverhütung, der sich aus der nuklearen Revolution und aus der besonderen Verwundbarkeit Deutschlands ergab. Die Deutschen mußten sich fragen, ob nicht die Zeit gekommen war, ein für allemal den Zirkel von Unrecht und Gegen-Unrecht zu beenden, der die Geschichte ihrer Beziehung zum Osten immer wieder bestimmt hatte. Eine Zeitlang konnte die Totalitarismustheorie noch Deutschlands Verantwortung für die Vergangenheit mit seinen revisionistischen Ansprüchen an die Gegenwart versöhnen. Ironischerweise jedoch wuchsen die moralischen Probleme des Revisionismus, insbesondere gegenüber Polen, je weiter die Chancen für seine Realisierung schwanden; und was Rußland anging, so mußten die Deutschen einsehen, daß eine Politik, die Deutsche und Russen in zwei Vernichtungskriege gegeneinander geführt hatte, nicht richtig gewesen sein konnte.

1.2 Der Widerspruch zwischen Versöhnung und Revisionismus (im Sinne von dreigeteilt - niemals) wurde in einem langen Lernprozeß bewältigt, einem Lernprozeß, der von der Realität des Kalten Krieges beschleunigt wurde. Der Kalte Krieg - und das ist die Ironie des deutschen Revisionismus - gab der Bundesrepublik Deutschland so viel neues Gewicht, daß sie für eine Weile an die Möglichkeit glauben konnte, nicht den vollen Preis für den verlorenen Krieg und die Naziverbrechen entrichten zu müssen und am Anspruch auf das alte Reich in den Grenzen von 1937 festhalten zu können. Der Kalte Krieg war jedoch zugleich die Hauptursache dafür, daß der deutsche Revisionismus Illusion blieb. Eine erfolgreiche Revision der Dreiteilung hätte eine gemeinsame Ost-West-Lösung für das Problem der Kontrolle Deutschlands erfordert, die sich von der Lösung des Kalten Krieges unterschieden hätte, unter den Bedingungen dieses Kalten Krieges aber nur äußerst schwierig zu realisieren war. Teilung und Integration der beiden Teile in die beiden Lager gewährte auch Sicherheit vor Deutschland und vor der deutschen Frage.

1.3 Auch wenn die Bundesrepublik ihren Sonderkonflikt mit Osteuropa und der Sowjetunion beenden sollte, so mußte sie immer noch das "normale" Verhältnis zwischen unterschiedlichen Ideologien, sozialen Systemen und Sicherheitsinteressen bestimmen. Deutschland war weder politisch noch moralisch in einer günstigen Position, um die sowjetischen Verbrechen und den sowjetischen Imperialismus in Europa anzuklagen. Jedes Argument gegen den territorialen status quo mußte unweigerlich den Geist deutschen Revisionismus wieder heraufbeschwören. Aber es blieben die Asymmetrien im Bereich der Menschenrechte und der Militärstrategien. Sollte sich jedoch herausstellen, daß eine offensive Strategie gegen den status quo nicht nur das Kriegsrisiko erhöhen, sondern auch die längerfristigen Aussichten für Wandel verringern würde, dann konnte auch eine Politik der Versöhnung auf der Grundlage des status quo eine moralische Politik sein, solange sie an der Legitimität demokratischer Bestrebungen und an den Erfordernissen militärischer Stabilität festhielt.

2. Politische Optionen und Entwicklungen

Im Verlauf der Nachkriegsgeschichte haben sich verschiedene Optionen für den Umgang mit dem Problem der nationalen Identität herausgebildet.

2.1 Die meisten Deutschen haben nach 1945 eine historische Lektion sehr gut begriffen, und die Umstände haben diese Lektion sehr nachdrücklich gefördert: Wenn es jemals eine Aussicht auf Revision der Teilung geben sollte, dann mußte die Option eines neuen Aggressionskrieges ein für allemal ausgeschlossen werden. Auch in diesem Sinne ist Bonn nicht Weimar. Das ließ immer noch die Möglichkeit eines Befreiungskrieges als Antwort auf einen Angriff. Das erste ausführliche westdeutsche Memorandum zur Militärstrategie aus dem Jahre 1950 und frühe Überlegungen zum Problem der Verteidigung von seiten des damaligen SPD-Vorsitzenden Kurt Schumacher wiesen Elemente einer solchen Option auf. Derartige Planungen wurden jedoch sehr bald aufgegeben. Die westdeutsche Diskussion hat sich in diesem Punkt als sensibel erwiesen, ein Indiz dafür ist die Sprache. Während im Englischen der zweideutige Begriff der "forward defense" zur Charakterisierung der NATO-Strategie Verwendung findet, wird in der deutschen Debatte der präzisere Begriff der Vorverteidigung benutzt, jedenfalls seit seiner Einführung in den sechziger Jahren. Die Reaktionen auf AirLand Battle und die amerikanische Debatte über konventionelle Vergeltung stehen in dieser Tradition westdeutscher Sicherheitspolitik. Der Respekt vor der jüngsten europäischen Geschichte und Deutschlands verhängnisvollen Beiträgen zu dieser Geschichte wirken sich dämpfend auf solche militärischen Überlegungen aus.

2.2 Damit blieben also nur politische Optionen übrig. Westintegration und Revisionismus aus einer Position der kalkulierten Stärke war die Strategie Adenauers und der CDU in den fünfziger und sechziger Jahren. Sie gründete jedoch auf einer Reihe fragwürdiger Annahmen, und es wurde sehr bald deutlich, daß keine dieser Annahmen zu halten war. Die Teilung Deutschlands war für den Westen insgesamt keineswegs eine ebenso deutliche Quelle der Spannung in Europa wie von den Deutschen behauptet. Der Zwang zur Kriegsverhütung, der sich insbesondere mit dem nuklearen Patt einstellte, führte schon in den fünfziger Jahren dazu, daß sich die Supermächte auf die Realität der Teilung Europas einstellten. Der kritische Punkt in der Politik der Stärke, die in einer alten deutschen Tradition der Überschätzung der eigenen Möglichkeiten stand, war die Vorstellung, daß die Wiedervereinigung mit Hilfe der politischen Wirkungen militärischer Mittel erzwungen werden könne, die gewichtig genug waren, die andere Seite zu verunsichern, aber bei weitem nicht gewichtig genug, um sie zum Nachgeben zu veranlassen, wenn sie überhaupt einsetzbar waren. So war es für viele Zeitgenossen schon damals erkennbar, daß die Politik der Stärke widersprüchlich war, ja sogar zum Gegenteil dessen führen würde, was sie erreichen zu können vorgab.

2.3 Verhandlungen aus einer Position kalkulierter Schwäche war die Option der größten Oppositionspartei, der SPD, und auch anderer Gruppierungen. Auch für die SPD gab es einen engen Zusammenhang zwischen Frieden, Abrüstung und der deutschen Frage. Während Adenauer jedoch fürchtete, daß Entspannung und Rüstungskontrolle sein Konzept der Wiedervereinigung durch politisch-militärischen Druck zunichte machen könnte, sah die SPD in Spannungsminderung und Rüstungsbegrenzung in Europa eine Voraussetzung für die Einheit Deutschlands. Das Hauptproblem des Revisionismus auf der Grundlage kalkulierter Schwäche war jedoch, daß ein wiedervereinigtes Deutschland aller Voraussicht nach nicht schwach sein oder jedenfalls nicht schwach bleiben würde. Und auch ein vereinigtes Deutschland hätte weiter revisionistische Ziele verfolgt. Diese Überlegungen allein mußten auf seiten der früheren Gegner Deutschlands größte Bedenken hervorrufen. Und je weniger sie sich über die Form und den Inhalt eines vereinigten Deutschland verständigen konnten, desto mehr konzentrierten sie sich darauf, ihre jeweilige Einflußsphäre zu stabilisieren.

2.4 Die letzte Phase des Revisionismus war die Variante "Revisionismus plus Entspannung". Es war ein Versuch, den deutschen Revisionismus in Übereinstimmung mit internationalen Entwicklungen und mit der Notwendigkeit der Versöhnung in Einklang zu bringen. Durch eine Verbesserung der Beziehungen zu Osteuropa sollten diese Länder davon über-

zeugt werden, daß in einer allgemeinen Atmosphäre der Entspannung ein wiedervereinigtes Deutschland letzten Endes mehr in ihrem eigenen Interesse liege als das Festhalten an einem geteilten Deutschland als einer ständigen Quelle für Instabilität. Die Politik von Entspannung plus Revisionismus verfolgte ausdrücklich das Ziel, die DDR zu isolieren, und zwar nicht nur im Westen und in der Dritten Welt, sondern auch im Osten. Das war der entscheidende Grund, warum diese Politik scheiterte. Mit der Invasion in der CSSR 1968 demonstrierte Moskau, daß es nicht bereit war, eine selektive Entspannung zu tolerieren, die den Zusammenhalt ihres Bündnisses gefährden würde.

2.5 Mit der neuen Ostpolitik unter Brandt und Scheel stellten sich die Deutschen endlich auf das ein, was Außenminister Schröder seinerzeit noch die "sogenannten Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges" genannt hatte. Das war der Kern der Verträge mit der Sowjetunion, Polen und der DDR. Mit diesen Verträgen füllten die Deutschen den Verständigungsprozeß zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion aus, der sich seit der Berlin-Krise in den frühen sechziger Jahren schon abzeichnete. Die Bundesrepublik Deutschland definierte auch den Zusammenhang zwischen Sicherheit und nationaler Frage um. Das neue Paradox westdeutscher Ostpolitik war, daß der einzige Weg, die Realität der Teilung zu überwinden, nun darin bestand, sie zunächst einmal zu akzeptieren. Die Teilung in zwei unterschiedliche Staaten zu akzeptieren, war der einzige Weg, um die Identität der Nation zu wahren. Einheit bedeutete jetzt, die Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten zu verbessern und gemeinsame Verantwortung zu praktizieren.

3. Die deutsche Frage und die gegenwärtige Transformation des Ost-West-Konflikts

Das Aufbrechen der alten Systemstrukturen des Ost-West-Konflikts, die jüngste spektakuläre Massenflucht von DDR-Bürgern und -Bürgerinnen sowie der beginnende Reformprozeß in der DDR nach Honeckers Rücktritt sind die wichtigsten Gründe dafür, daß wieder verstärkt von der staatlichen Einheit der Deutschen die Rede ist.

3.1 Eine Reihe von Gründen würden dafür sprechen, daß auch ein wieder- oder neuvereinigtes Deutschland ein loyales und friedfertiges Mitglied der sich entwickelnden gesamteuropäischen Völkergemeinschaft wäre. Als erstes ist der neue Grundkonsens westdeutscher Ostpolitik zu nennen. Hinzu kommen die stabilen politischen und ökonomischen Bindungen der Bundesrepublik in den Westen und die Einbettung deutscher Außenpolitik in den KSZE-Prozeß. Diese Integrationseffekte würden auch für ein wiedervereinigtes Deutschland gelten, wobei der demokra-

tische und friedliche Charakter eines solchen Zusammenschlusses gerade vor dem Hintergrund des deutschen Einigungsprozesses im 19. Jahrhundert von besonderer Relevanz wäre.

3.2 Die Wirksamkeit dieser und anderer Faktoren kann jedoch unter Umständen nicht zuverlässig garantiert werden, es müssen auch die Risiken genannt sein. Sie bestehen weniger in einem neuen militanten deutschen Revisionismus, als vielmehr in einer Renationalisierung deutscher Außenpolitik und einer neuen deutschen Arroganz der Macht. Eine solche Renationalisierung deutscher Außenpolitik könnte sich auf eine Reihe alter und neuer beobachtbarer Tendenzen stützen. Die beiden deutschen Staaten haben zwar eine historische Chance, ein produktives Experimentierfeld für das Zusammenwachsen des politisch und wirtschaftlich noch geteilten Europa zu werden, aber die Problematik des Gewichts der Deutschen in der Mitte Europas bleibt ein potentieller Risikofaktor für die doppelte Systemtransformation des real existierenden Sozialismus und des Ost-West-Konflikts.

4. Folgerungen für die Deutschland- und Ostpolitik der Bundesrepublik

4.1 Die erste Forderung an die Deutschland und Ostpolitik der Bundesrepublik lautet, daß sie die Frage der Legitimität der politischen Ordnung in der DDR und die Frage der staatlichen Einheit der Deutschen auseinanderhält. Die Wieder- oder besser Neuvereinigung der beiden deutschen Staaten steht nicht auf der Tagesordnung. Solange Europa und die beiden Supermächte an der überlieferten Organisationsstruktur der Ost-West-Beziehungen festhalten wollen, werden die Deutschen die Teilung zu akzeptieren haben. Was auf der Tagesordnung steht, ist der friedliche Reformprozeß in Osteuropa und der DDR.

4.2 Ob sich im Rahmen eines solchen Reformprozesses und einer Intensivierung der deutsch-deutschen Beziehungen eines Tages die Frage der staatlichen Einheit stellt, ist heute nicht vorhersehbar. Daß eine reformierte DDR eine solche Einheit anstrebt, ist keineswegs zwingend. Wenn es dazu käme, würde sich wahrscheinlich keine denkbare politische Koalition in der Bundesrepublik dem entgegenstellen wollen oder können. Daraus aber ergibt sich, daß die Fixierung auf eine dauerhafte Zweistaatlichkeit als einzig verantwortbare deutsche Außenpolitik ebenso problematisch werden kann wie die alte Fixierung auf die "Wiedervereinigung".

4.3 Die Risiken einer solchen Entwicklung dürfen nicht unterschlagen, die Verantwortung Deutschlands für Krieg, Zerstörung und Massenmord im Europa des 20. Jahrhunderts darf nicht vergessen werden. Der ent-

scheidende Test für die Außenpolitik der Bundesrepublik besteht deshalb darin, ob es ihr gelingt, die deutsche Frage nicht zu renationalisieren, sondern in der Stärkung der ideellen und materiellen Formen der westeuropäischen wie der gesamteuropäischen Zusammenarbeit aufgehen zu lassen. Vorrang vor der staatlichen Einheit der Deutschen muß nach wie vor der Aufbau und Ausbau einer gesamteuropäischen Friedensordnung haben. Damit würde die deutsche Frage weiter relativiert, unter bestimmten Voraussetzungen sogar gegenstandslos. Deutschland- und Ostpolitik im besten Sinne heißt deshalb neben der Unterstützung des Reformprozesses in den sozialistischen Ländern vor allem:

- Ausbau der politischen Einigung Westeuropas; Einbindung und Abstimmung der Außenpolitik im Rahmen der EPZ und des Atlantischen Bündnisses;
- Demokratisierung des europäischen Einigungsprozesses;
- Ausbau des KSZE-Prozesses und Fortsetzung der multilateralen Rüstungskontrolle;
- Verzicht auf die politische Verwendung des Rechtsvorbehalts, eindeutiger politischer Verzicht auf Grenzrevision und Grenzdiskussion;
- Beibehaltung der Bündnisstrukturen von NATO und WVO, die - so paradox das klingen mag - unter den gegebenen Umständen des Ost-West-Konflikts über Jahre hinaus der wichtigste Garant für deutsche Friedenspolitik waren; Ablösung dieser Strukturen jedenfalls nur in Übereinstimmung mit den jeweiligen Verbündeten bzw. den ehemaligen Gegnern.

1. Historische Belastungen und strukturelle Probleme westdeutscher Ostpolitik(1)

Für die Deutschland- und Ostpolitik der Bundesrepublik bildeten drei übergeordnete Problemstellungen den Rahmen, in dem sich alle Optionen und Varianten bewegen mußten: erstens das historische Erbe, insbesondere die Last der nationalsozialistischen Verbrechen und des Zweiten Weltkrieges; zweitens die Realität des Kalten Krieges; drittens die moralischen Probleme des status quo. Aus diesen drei Problemstellungen ergaben sich eine Reihe widersprüchlicher Anforderungen.

1.1 Revisionismus oder Versöhnung

Die Westdeutschen haben sich nach dem Zweiten Weltkrieg aus freien Stücken für eine westliche Orientierung und gegen den Kommunismus ausgesprochen. Ihre Wahl läßt sich keineswegs auf Manipulation oder Indoktrination zurückführen. Zwar wurde der Antikommunismus auch als Instrument der sozialen und politischen Integration benutzt. Aber er konnte nur auf diese Weise Verwendung finden, weil hunderttausende von einzelnen Individuen die sowjetische Eroberung und die Vertreibung aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße als brutal erfahren und die Politik der Kommunisten als neuen Totalitarismus erlebt hatten. Der größte Teil der deutschen Linken, und ganz gewiß die SPD, war damals schon oder wurde sehr schnell genauso entschieden antikommunistisch wie die Konservativen, deren Ideologie bis zu einem gewissen Grad auch von materiellen Interessen beeinflusst sein konnte. Aber der Antikommunismus war auch eine Brücke zur Vergangenheit, keineswegs nur für die alten Nazis. Die Animositäten zwischen Deutschen und Polen reichen zurück bis ins Mittelalter, und die machtpolitischen Rivalitäten zwischen Deutschen und Russen waren eine wichtige Voraussetzung für den Ersten Weltkrieg. Nach 1945 waren fast alle Westdeutschen Revisionisten in dem Sinne, daß sie die territoriale Aufteilung Deutschlands nicht akzeptierten, und ihr Revisionismus richtete sich wieder in erster Linie gegen den Osten.(2)

Der Antikommunismus erlaubte es den Westdeutschen, ihre Schuldgefühle zu unterdrücken. Aber sie mußten sich auch fragen, ob nicht die Zeit gekommen war, ein für alle Mal den Kreislauf des Unrechts zu beenden, der einen großen Teil ihrer Beziehung zum Osten geprägt hatte.(3) Polen und Rußland waren wiederholt Gegenstand deutscher Aggression gewesen. Preußen hatte sich aktiv an den historischen Teilungen Polens beteiligt, Hitler-Deutschland inszenierte eine weitere, diesmal mit dem Ziel der Zerstörung nicht nur der politischen, sondern auch der kulturellen, ja der physischen Substanz dieser

Nation. Rußland, obwohl der Komplizenschaft gegen Polen schuldig, hatte zweimal die Brutalität des deutschen Imperialismus erfahren. Die Verträge von Best-Litowsk im Jahre 1918, kaum je Gegenstand ausführlicher Diskussion in der jüngsten deutschen Geschichte, waren ein primitives militärisches Diktat, weit härter als der Vertrag von Versailles, und die Pläne der deutschen militärischen Elite waren Vorläufer noch weiter schlimmerer Unterdrückung und Zerstörung im Zweiten Weltkrieg.(4)

Mit der Totalitarismustheorie versuchten die Westdeutschen ihre Verantwortung für die Vergangenheit mit ihren revisionistischen Forderungen der Gegenwart zu versöhnen.(5) Die moralischen Probleme des Revisionismus, insbesondere gegenüber Polen, wogen ironischerweise jedoch umso schwerer, je länger der zu revidierende Zustand anhielt. Im Jahre 1965 stellte ein Memorandum der protestantischen Kirche die Frage, ob sich aus dem Erbe der nationalsozialistischen Vergangenheit nicht ein politischer oder sogar rechtlicher Widerspruch zu den Forderungen nach einer vollen Wiederherstellung des Gebietszustands von 1937 ergebe.(6) Und was Rußland betraf, so mußten die Deutschen doch anerkennen, daß Formen der Politik, die sie und die Russen zweimal in eine Art Ausrottungskrieg gegeneinander gestellt hatten, nicht richtig sein konnten. Daraus resultierte eine grundlegende und spezifische Voraussetzung westdeutscher Ostpolitik: Der Zwang zur Kriegsverhütung, der sich aus der nuklearen Revolution und der Verwundbarkeit der Bundesrepublik ergab, wurde gestützt und ergänzt durch den politischen und moralischen Zwang zur Versöhnung. Die Frage war jedoch, wie dies mit den revisionistischen Forderungen in Einklang gebracht werden konnte, und zwar ohne das Hilfsmittel der Totalitarismustheorie, die pauschal Täter und Opfer gleichsetzte.

1.2 Revisionismus und Kalter Krieg

Der Platz und die Rolle Deutschlands in Europa nach dem Zweiten Weltkrieg wurden von drei wesentlichen Faktoren bestimmt. Der erste Faktor war die territoriale Neuordnung in Osteuropa. Es war historisch nahezu unvermeidlich, nach allem was in der Region vor und während der Nazizeit geschehen war, daß die Sowjetunion, die im Verein mit den Westmächten einen unprovokierten Krieg gegen Deutschland gewonnen und den Status der zweiten Supermacht erreicht hatte, territoriale Veränderungen fordern und auch erreichen würde.

Der zweite Faktor ergab sich aus dem Problem, wie sich die Welt dauerhaft vor Deutschland schützen konnte. Die deutsche Frage war zu keiner Zeit nur eine Frage für die Deutschen gewesen und würde es noch weniger sein nach

der totalen Niederlage und Besetzung. Polen und die Sowjetunion (Polens Westverschiebung war auch eine Kompensation für den Verlust seiner Ostprovinzen und ein Mittel, das Land fest an seinen östlichen "Beschützer" zu binden), die am meisten unter deutscher Macht und Hybris gelitten hatten, waren fest entschlossen, jede Chance für ein Wiederaufleben westdeutschen Revisionismus auszuschließen, und Frankreich stand dieser Position sehr nahe, aus demselben Grund. Sie waren einmal gescheitert, sie wollten nicht wieder scheitern. De Gaulle hatte sogar gehofft, die polnische Westverschiebung an die Oder durch eine französische Ostverschiebung an den Rhein ergänzen zu können. Und es war Frankreich, das im alliierten Kontrollrat als erstes sein Veto einlegte gegen die Bildung zentraler deutscher Institutionen. Für die Vereinigten Staaten und Großbritannien war die Kontrolle des deutschen Faktors in der internationalen Politik von nicht geringerer Bedeutung. Im Potsdamer Abkommen heißt es, die Alliierten würden die notwendigen Maßnahmen ergreifen, um sicherzustellen, daß Deutschland nie wieder in der Lage sein werde, seine Nachbarn zu bedrohen oder die Bewahrung des Friedens in der Welt zu stören. Die Institutionalisierung dieses Sicherheitsbedürfnisses lief jedoch keineswegs notwendigerweise auf die Teilung hinaus, obwohl die Teilung, auch die Teilung auf Dauer, zusätzlich zur Annexion der Ostgebiete, von Anfang an eine Möglichkeit bildete.

Es war der dritte Faktor, der dieser Variante historisch zum Durchbruch verhalf: der Kalte Krieg. Die beiden verbleibenden Teile Deutschlands westlich der Oder-Neiße bekamen zentrale Bedeutung für die Sicherheit der neuen Bündnissysteme, umgekehrt waren die Allianzen wichtig für die Sicherheit der beiden deutschen Staaten. Die deutsche Frage wurde auf diese Weise zum integralen Bestandteil des Kalten Krieges, und die führenden Konfliktparteien begriffen in einem Prozeß des Tastens, der Herausforderungen und des Widerstandes, daß die Anerkennung des status quo eine Voraussetzung dafür war, daß der Kalte Krieg tatsächlich ein kalter Krieg blieb.

Die deutsche Frage war ein ernsthaftes Problem im Verlauf des Kalten Krieges; aber so wie der Kalte Krieg eine ihrer Voraussetzungen war, so wurde er auch zur Lösung. Teilung und Integration der beiden Teile ins westliche bzw. östliche Lager auf der Grundlage des status quo bot Sicherheit vor Deutschland und vor der deutschen Frage. Natürlich hatten die Deutschen Probleme damit, Sicherheit so zu definieren, obwohl die führenden Eliten in beiden Teilen sich bewußt jeweils für ihre Seite im Ost-West-Konflikt und der Systemauseinandersetzung entschieden hatten.(7) Der Kalte Krieg, und das ist die Ironie des deutschen Revisionismus, gab den Deutschen, insbesondere den Westdeutschen, soviel neues Gewicht, daß sie für eine Weile glauben konnten, sie würden darum herumkommen, die Rechnung für den verlorenen Krieg und die Naziverbrechen zu bezahlen, und das alte Reichsge-

biet von 1937 wieder herstellen können. Man kann sogar noch einen Schritt weiter gehen: Ohne den Kalten Krieg wäre es den Deutschen möglicherweise nicht einmal gelungen, ihr gesamtes westdeutsches Territorium zu sichern.

Der Kalte Krieg war einer der entscheidenden Gründe dafür, daß der westdeutsche Revisionismus, ein Revisionismus mit dem Unterton der nationalen Befreiung, noch einmal politisches Gewicht erlangen konnte;(8) er war zugleich der Grund dafür, daß die Wiedervereinigung bis heute eine Illusion geblieben ist. Die Teilung Deutschlands war überdeterminiert. Um erfolgreich zu sein, hätte der westdeutsche Revisionismus Garantien dafür bieten müssen, daß er nicht wieder zu einer Gefahr für die europäische Ordnung wird. Das hätte eine gemeinsame Ost-West-Lösung für das Problem vorausgesetzt, wie Deutschland zu kontrollieren sei, und zwar eine andere Lösung als sie der Kalte Krieg offerierte; unter den Bedingungen des Kalten Krieges jedoch war eine solche Lösung extrem schwierig. Die andere Option für den westdeutschen Revisionismus war, den Kalten Krieg selbst in seinem Sinne zu nutzen. Das setzte freilich voraus, daß die Sowjetunion bereit war, freiwillig eine fundamentale Niederlage und Schwächung ihrer Position im Ost-West-Konflikt zu akzeptieren. In beiden Fällen hätte der westdeutsche Revisionismus glaubwürdige Versicherungen dafür anbieten müssen, daß er das überragende Ost-West-Interesse an der Kriegsverhütung nicht gefährden, ja sogar befördern würde.

1.3 Die moralischen Probleme des status quo

Aber selbst wenn Westdeutschland seinen Sonderkonflikt mit dem Osten beendete, waren damit nicht alle Probleme der Ostpolitik beseitigt. Übrig blieb in jedem Fall der "normale" Gegensatz unterschiedlicher Ideologien, sozialer Systeme und Sicherheitsinteressen. In den fünfziger Jahren war dieses Problem untrennbar mit dem Revisionismus verknüpft; in dem Maße, in dem der Revisionismus sich zurückbildete, mußte der "normale" Systemgegensatz zutage treten. Wie sollte das Problem der Kriegsverhütung langfristig gelöst werden in einem Europa mit strukturellen Asymmetrien, und zwar sowohl militärischen wie politischen? Wie sollte dauerhaft Versöhnung mit einem Regime möglich sein, das keine wirkliche Legitimation besaß, mit Sicherheit jedenfalls nicht in den meisten kleineren Ländern des Warschauer Paktes; wie mit einer Supermacht, die eine Form von Kolonialismus benötigte, um ihre Sicherheitsinteressen zu wahren?

Nazideutschland hatte der Sowjetunion größte Opfer auferlegt, das Recht auf Kompensation war der UdSSR nicht zuletzt aus moralischen Gründen nicht zu verwehren. Die machtpolitischen Bedingungen haben dafür gesorgt, daß sie

solche Kompensationen ohnedies erhielt. Das Problem war, daß diese Kompensationen auch russisch-sowjetische imperialistische Interessen befriedigten, die zum Teil älter waren als der Angriff Nazideutschlands, ja sogar in direkter Zusammenarbeit mit den Nazis verfolgt wurden. Der Hitler-Stalin-Pakt führte zu verschiedenen sowjetischen Annexionen, die nur zum Teil ethnisch gerechtfertigt werden konnten. Die annektierten Gebiete wurden sowjetisiert, mit Deportationen und der physischen Liquidation sogenannter Klassenfeinde bzw. Feinde Rußlands. Polen war wieder am meisten betroffen. In seinen Gesprächen mit Hitler am 12./13. November 1940 deutete Molotow sogar die dritte Phase der sowjetrussischen Expansion an; er zeigte Interesse an Ungarn, Jugoslawien, den westlichen Teilen Polens und der Kontrolle der Ostseeausgänge. Die Verwirklichung eines solchen "grand design" war unvorstellbar ohne die Niederlage Deutschlands, es nahm in mancher Hinsicht Grundzüge der Konstellation des Kalten Krieges vorweg mit der Sowjetunion als zentraler Kontinentalmacht im Osten und den Vereinigten Staaten als zentraler Seemacht im Westen.(9)

Auf die Probleme des status quo in diesem Sinne aufmerksam zu machen, war jedoch für die Deutschen weitaus schwieriger als für jede andere westliche Partei im Ost-West-Konflikt. Die Deutschen waren weder politisch noch moralisch in einer günstigen Position, sich über Verbrechen und Imperialismus der Sowjetunion zu beklagen. Jede deutsche Argumentation gegen den territorialen status quo würde unausweichlich die Frage nach dem deutschen Revisionismus aufwerfen. Was würde das für Polen bedeuten, das Opfer des Imperialismus beider Nachbarn, sowohl der Deutschen wie der Russen, geworden war und nach all den vielen Opfern seinen neu gewonnenen territorialen Status unter keinen Umständen aufs Spiel setzen wollte?(10)

Es blieben immer noch, auch für die Deutschen, die politisch-ideologischen und die militärischen Asymmetrien. Ein Arrangement mit dem status quo in Europa war nicht nur ein Arrangement mit den Eroberungen des sowjetischen Imperialismus, sondern auch mit der Realität kommunistischer Herrschaft in Osteuropa, die nicht nur mit vielen westlichen Grundauffassungen und Wertvorstellungen unvereinbar war, sondern sich nachweisbar auch gegen die Hoffnungen und Bestrebungen der meisten Ostdeutschen und Osteuropäer richtete. Der entscheidende soziale Antagonismus im Ost-West-Konflikt war ja nicht die permanente Revolution von unten im industrialisierten Westen, sondern die permanente Konterrevolution von oben im Osten. Und es war ein Arrangement mit überlegenen militärischen Streitkräften und einem offensiven Verteidigungskonzept, das nicht nur destabilisierend war, sondern der anderen Seite auch sicherheitspolitische Vorteile eröffnete, jedenfalls den Westen mit den militärischen und politischen Problemen der erweiterten Abschreckung und der Option des Ersteinsatzes von Nuklearwaffen belastete.

Sollte sich jedoch herausstellen, daß ein offensives Vorgehen gegen den status quo nicht nur das Risiko eines Krieges erhöhen, sondern sogar die längerfristigen Chancen für Veränderungen verringern würde; sollte sich herausstellen, daß die genannten Asymmetrien Zeichen der Schwäche und nicht der Stärke auf seiten der Sowjetunion waren; und sollte sich herausstellen, daß die Sowjetunion aus historischen und geostrategischen Gründen nicht ohne wesentliche Veränderungen ihres politischen Systems in der Lage sein würde, die Beziehungen zu ihren osteuropäischen Nachbarn zu normalisieren, dann konnte eine Politik der Versöhnung auf der Grundlage des status quo auch eine moralische Politik sein, solange sie an der Legitimität der demokratischen Hoffnungen festhielt und auf den Erfordernissen militärischer Stabilität insistierte. Daß auch ein solche Politik die östliche Seite noch in Verlegenheit bringen könnte oder jedenfalls Veränderungen nicht zu verhindern in der Lage war, konnte dann nicht mehr legitimerweise als Friedensstörung denunziert werden.

2. Politische Optionen und Entwicklungen

Nach 1949 gab es verschiedene grundlegende Optionen für die westdeutsche Ostpolitik. Eine Möglichkeit war ein neuer deutscher militärischer Revisionismus. Falls diese Option durch eigene Entscheidung oder durch die Umstände erzwungen ausschied, mußte sich der Revisionismus auf politische Mittel verlassen. Auch für den gewaltfreien Revisionismus gab es verschiedene Möglichkeiten: nationale Befreiung und Integration eines vereinigten Deutschland in den Westen; Übernahme des kommunistischen Modells und Integration eines vereinten Deutschland in das östliche Bündnis; ein wiedervereinigtes Deutschland außerhalb der Blöcke als neutraler Staat oder im Rahmen eines kollektiven Sicherheitssystems. Eine weitere Option war, sich mit der Teilung abzufinden. Diese grundlegenden Orientierungen bestimmten den Charakter der wichtigsten Debatten und Entscheidungen. Einbindung in den Osten hätte freilich den Verzicht auf die Freiheit bedeutet. Auch die entschiedensten Nationalisten in der Bundesrepublik waren nicht bereit, diesen Preis für die Einheit zu zahlen. Damit schied diese Variante für die Westdeutschen aus, vielleicht mit Ausnahme der Kommunisten; sie galt vielmehr als eine Bedrohung. Sie war übrigens auch keine Option für die Mehrheit der Deutschen in der DDR, auch wenn die kommunistische Führung im anderen Teil Deutschlands lange an der Option eines vereinigten sozialistischen Deutschland festhielt.

2.1 Militärischer Revisionismus

In den Locarno-Verträgen von 1925 garantierten Deutschland, Belgien, Frankreich, Großbritannien und Italien die Beibehaltung des territorialen status quo im Westen und die Unverletzlichkeit der Grenzen zwischen Deutschland und Frankreich sowie Deutschland und Belgien. Außerdem verpflichteten sich Deutschland und Belgien bzw. Deutschland und Frankreich, keinen Krieg gegeneinander zu führen. Damit war die friedliche Revision nicht ausgeschlossen, die deutsche Delegation hatte sich ausdrücklich einem Vorschlag widersetzt, den status quo für unveränderlich zu erklären. Das Gegenstück zu diesen Vereinbarungen für die Ostgrenzen Deutschlands, um das sich Frankreich und Polen bemüht hatten, blieb jedoch aus. Deutschland schloß zwar Schiedsgerichtsabkommen mit Polen und der Tschechoslowakei, aber sie waren nicht bindend, und ihnen fehlten Garantien von dritter Seite. Mit seiner Entspannungspolitik gegenüber dem Westen verfolgte Stresemann ausdrücklich die Absicht, die Chancen für Revisionismus im Osten zu verbessern. Wenn auch seine Gebietsansprüche nicht völlig unplausibel und im Vergleich zu den Vorstellungen der Rechten durchaus gemäßigt waren, so schloß dies doch - auch in seiner eigenen Interpretation - die Anwendung von Gewalt keineswegs völlig aus.

Nach Stresemann wurde der Weimarer Revisionismus aggressiver und militaristischer. Daran konnte Hitler anknüpfen; der militärische Revisionismus und Imperialismus des Nationalsozialismus fiel keineswegs vom Himmel, und er löste sich auch nach Hitlers Tod und der Niederlage der deutschen Wehrmacht nicht völlig in Luft auf.(11) Die ostpolitische Ideologie der letzten gesamtdeutschen Regierung unter Dönitz war, daß Deutschland versucht hatte, sich den bolschewistischen Fluten, die Richtung Westen strömten, entgegenzustemmen. Der Kampf gegen Ost und West gleichzeitig war von Deutschland nicht zu bewältigen gewesen, aber gab es vielleicht eine Option, gemeinsam mit dem Westen unter dem Banner der Demokratie gegen den Kommunismus zu kämpfen?

Diese Option war mit dem Selbstverständnis der antifaschistischen Koalition nicht vereinbar, und konnte es auch nicht sein. Sie entsprach auch nicht dem Geist, in dem die Deutschen selbst einen neuen Anfang setzten. Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland verpflichtet die Deutschen, für Einheit und Freiheit zu wirken, aber auch für Frieden und Gerechtigkeit in der Welt. Artikel 26 verbietet ausdrücklich die militärische Aggression. Die meisten Deutschen haben diese historische Lektion von Anfang an begriffen: Wenn es überhaupt eine Chance für eine Revision der Teilung gab, dann schied die Option eines neuen Aggressionskrieges ein für allemal aus. Auch in diesem Sinne ist Bonn nicht Weimar. Gewiß haben die Umstände diesen Lernprozeß nachdrücklich unterstützt. Der Verzicht auf militärische Revision war die Grundlage für die Integration Westdeutschlands in die westliche Allianz und seine neue Souveränität. In den entsprechenden Verträgen haben sich die Westdeutschen verpflichtet, unter keinen Umständen Gewalt anzuwenden, um Deutschland wiederzuvereinigen oder die Grenzen der Bundesrepublik zu verändern. Alle Streitigkeiten mit anderen Ländern müssen mit friedlichen Mitteln gelöst werden. Im Gegenzug haben die ehemaligen Besatzungsmächte ihre Unterstützung für Westdeutschlands revisionistische Ziele insoweit zugesagt, als sie sich auf den Alleinvertretungsanspruch beziehen.(12)

Damit blieb aber immer noch die Möglichkeit eines Befreiungskrieges als Antwort auf einen Angriff übrig, eine Art deutsche MacArthur-Option sozusagen. Das erste ausführliche westdeutsche Memorandum zur Militärstrategie, entworfen von früheren Wehrmachtsgenerälen im Jahr 1950 (die Himmeroder Denkschrift), und die frühen Überlegungen zur Verteidigung von Seiten des Führers der SPD-Opposition Kurt Schumacher, eines Verfolgten des Nazi-Regimes, gingen tatsächlich beide in diese Richtung. Schumacher vertrat die Auffassung, das westdeutsche Gebiet solle so weit wie nur möglich ostwärts verteidigt werden. Im Falle eines Angriffs der anderen Seite sollten die Entscheidungsschlachten jenseits der Grenzen von West- und Ostdeutschland stattfinden.

Auch für die Generäle war selbstverständlich, daß die Kampfhandlungen möglichst bald auf "ostdeutsches" Gebiet vorgetragen werden sollten. Sogar von "großangelegten Angriffe(n) nach Rußland" als eines möglichen späteren Stadiums der Operationen war die Rede. Hier schlugen ja wohl doch alte militärische Traditionen durch! Schumachers Kalkül war politischer. Er konnte sich nicht vorstellen, daß irgend jemand Zweifel an den defensiven Absichten der Sozialdemokraten hegen würde, und seine strategischen Überlegungen waren das Ergebnis zweier grundlegender Besorgnisse, nämlich des spezifisch deutschen Verteidigungsdilemmas und der Wiedervereinigungsfrage. Schumacher bezweifelte, daß Adenauers Planungen ausreichen würden, Krieg zu verhüten und die Russen abzuschrecken. Er bezweifelte ebenso, daß die militärische "Befreiung" in einem dritten Weltkrieg nach einer neuen Besetzung für Deutschland annehmbar war. Deutschland würde zerstört werden, wenn auf seinem Gebiet Krieg geführt würde, und der Ausgang der ersten Schlacht würde entscheiden, ob die Deutschen als Volk überlebten oder nicht. Außerdem sollte die Bundesrepublik Deutschland nicht zum militärischen Glacis für die Verteidigung anderer werden. Und schließlich war die Strategie der direkten Gegenoffensive die einzige Möglichkeit, nicht auf Ostdeutschland und Berlin zu verzichten.(13)

CDU-Politiker kritisierten Schumachers frühe Pläne, da sie als Vorbereitung für einen Aggressionskrieg mißverstanden werden könnten. Die NATO hat zu keiner Zeit die militärischen Fähigkeiten für eine umfassende Gegenoffensive erworben, und Überlegungen in diese Richtung blieben in Deutschland heikel. So hatte auch Franz Josef Strauß, damals noch für die östlichen Länder der Buhmann des westdeutschen Revisionismus und Militarismus, in einem Beitrag von 1961 über die westliche Politik deutlich gemacht, daß die historischen und politischen Erfahrungen die Deutschen dazu gebracht hätten, deutlich zwischen militärischen und nicht-militärischen Mitteln zu unterscheiden. Was die Anwendung militärischer Mittel oder die Vorbereitung auf diese Anwendung angehe, so würde Deutschland glaubhaft defensiv bleiben müssen. Wenn immer in Deutschland von der Verteidigung der Freiheit mit militärischen Mitteln die Rede sei, dann müsse dies in diesem eingeschränkten Sinne verstanden werden. Politisch jedoch könne die Idee der Freiheit durchaus offensiv verwendet werden.(14)

Ein weiterer Beleg ist die Sprache. Während im Englischen der zweideutige Begriff "Forward Defense" zur Charakterisierung der NATO-Strategie verwendet wird, findet sich in deutschen Dokumenten und in der deutschen Diskussion eher der eingeschränkte Begriff der "Vorneverteidigung" im Unterschied zur "Vorwärtsverteidigung", jedenfalls seit er von Verteidigungsminister Kai Uwe von Hassel in den sechziger Jahren eingeführt wurde. Neben den Beschränkungen auf der deklaratorischen Ebene gibt es auch materielle Einschränkungen der westdeutschen Streitkräfte und ihrer Einsatzmöglichkeiten.

Aufgaben und Organisation der Streitkräfte der Bundesrepublik Deutschland müssen sich in Übereinstimmung mit der NATO-Strategie befinden, ihre Heeresgruppen, See- und Luftstreitkräfte werden von integrierten NATO-Stäben geleitet. Außerdem hat sich die Bundesrepublik zu Einschränkungen bei der Waffenproduktion verpflichtet, insbesondere im Bereich der ABC-Waffen.(15)

In der Tat ist die Vorstellung, daß die defensive Orientierung der NATO und der Bundesrepublik Deutschland in der Organisation, Struktur und Ausrüstung der Bundeswehr zum Ausdruck kommen müsse, zu einer grundlegenden Maxime der westdeutschen Verteidigungsplanung geworden, unbeschadet der Kritik der Defensivverteidiger. Auch die offizielle westdeutsche Verteidigungspolitik nimmt für sich in Anspruch, daß die Bundeswehr den Warschauer Vertrag nicht bedrohe und nicht bedrohen könne und daß die sowjetische Führung keine Veranlassung für eine andere Interpretation habe. Die Reaktionen auf AirLand Battle und auf die Diskussionen über konventionelle Vergeltung in den USA stehen in dieser Tradition.(16)

2.2 Westintegration und Ostpolitik aus einer Position der Stärke

Adenauers historische Erfahrungen, seine regionale Herkunft und sein politischer Instinkt wiesen alle in Richtung Westen. Nach seiner Meinung hatte sich schon die Weimarer Republik mit ihrer Schaukelpolitik zwischen Ost und West übernommen, und er akzeptierte, daß der Westen, insbesondere Frankreich, einen zuverlässigen Verbündeten suchte und verdiente. Sicherheit für Deutschland bedeutete auch, die Deutschen vor sich selbst zu schützen. Adenauer mißtraute dem deutschen Verständnis für das politisch Mögliche, und er wollte die Zukunft Deutschlands so eng wie nur möglich mit der Westeuropas verbinden. Außerdem befürchtete er eine politische oder sogar militärische Bedrohung Westdeutschlands durch die Sowjetunion, wenn es sich nicht dem neuen Bündnis anschleße. Die Wiedervereinigung konnte die Westintegration nicht ersetzen, nur diese versprach Souveränität, Sicherheit und den Schutz der Freiheit.(17)

Gleichwohl versuchte auch Adenauer, die Westintegration, die für ihn Vorrang hatte, mit dem Ziel der Einheit zu versöhnen; er hielt daran fest, daß die Option für eine Seite im Kalten Krieg keineswegs die Teilung besiegeln werde. Zwar galt für ihn die echte Aussicht auf Wiedervereinigung als eine Gefährdung seiner Hauptziele, und so arbeitete er in der politischen Praxis teilweise sogar dagegen; doch hielt er in der Öffentlichkeit die Hoffnungen auf Wiedervereinigung aufrecht. Er wies immer wieder darauf hin, daß der Westen den deutschen Wunsch nach Einheit unterstütze, obwohl er wußte, daß die Verbündeten im Grunde die Teilung bevorzugten, sei es aus prinzipiellen Überle-

gungen, sei es im Lichte der vorherrschenden Umstände. Rechtlich gesehen, das war jedenfalls die Fiktion, hatte sich ja bereits das ganze Deutschland dem Westen angeschlossen. Die Bundesrepublik galt als vollständiger Staat, als Rechtsnachfolger des alten Reiches in den Grenzen vom 31. Dezember 1937, der lediglich einiger Provinzen oder Länder beraubt worden war. Diese würden sich eines Tages dem neuen alten Reich anschließen, ein wiedervereinigtes Deutschland würde eine freie und demokratische Verfassung haben, ähnlich wie die Bundesrepublik, und ein Mitglied der europäischen Gemeinschaft werden. Für die Regierungen unter Adenauer und diejenigen politischen Kräfte, die sie unterstützten, war Wiedervereinigung identisch mit einem Anschluß der "Sowjetzone" und der Wiedereingliederung der Provinzen östlich der Oder-Neiße, jedenfalls großer Teile davon.(18)

Adenauer behauptete nicht nur, dies sei ein möglicher Weg zur Wiedervereinigung, er vertrat sogar die Auffassung, es sei der einzige. Er argumentierte, die Wiedervereinigung sei nicht in Zusammenarbeit mit den Russen zu verwirklichen, sondern nur gegen sie durchzusetzen. Die Bundesrepublik werde dann in der Lage sein, erfolgreich über die Wiedervereinigung zu verhandeln, wenn sie sich dem Westen anschleße und wenn der Westen Deutschlands Ziele unterstütze und stärker als die Sowjetunion sei. Beeindruckt von der Einigkeit des Westens, seiner politischen und militärischen Stärke (sprich Überlegenheit), und unter der Last des Rüstungswettlaufs und der Kosten für die Kontrolle und Unterdrückung unwilliger Verbündeter, würden die Sowjets sich auf die westlichen Argumente einlassen und nachgeben.

Die Strategie der Politik der Stärke ging von drei fragwürdigen Annahmen aus. Die eine war, daß der Westen tatsächlich mit vollem Engagement die Wiedervereinigungswünsche der Westdeutschen unterstützte. Die zweite war, daß der Westen tatsächlich stärker als die Sowjetunion war und daß er von dieser Stärke auch Gebrauch machen konnte. Die dritte und wichtigste Bedingung war, daß die Sowjets sich tatsächlich diesen Spielregeln unterwarfen. Revisionismus auf der Grundlage kalkulierter Stärke war eine Politik des Drucks und eine Politik gegen den status quo. Wie ließ sich das mit dem Friedensanspruch und dem Zwang zur Stabilität vereinbaren? Argumentiert wurde, daß nicht der deutsche Revisionismus die Spannungen verursache, sondern daß die Teilung Deutschlands der entscheidende Grund für die Spannungen in Europa sei. Wenn die Welt an ernsthafter Entspannung interessiert war, dann mußte die Spaltung Deutschlands beendet werden. Alle anderen politischen Wege der Spannungsminderung, insbesondere Rüstungskontrolle, wurden dieser Argumentation untergeordnet. Bis weit in die sechziger Jahre machten westdeutsche Regierungen ihre Unterstützung für Rüstungskontrolle von Fortschritten in der deutschen Frage abhängig.

Es wurde jedoch bald deutlich, daß keine der drei grundlegenden Annahmen zu halten war. Zwar verfolgten die Vereinigten Staaten eine Zeitlang selbst eine Politik des "Revisionismus durch Stärke" und nährten auf diese Weise deutsche (und andere) revisionistische Hoffnungen oder Illusionen. Aber für den Westen insgesamt war die Teilung Deutschlands keineswegs eine offensichtliche Ursache der Spannungen in Europa, und die Unterstützung der westdeutschen Ansprüche war mehr ein Instrument der Westintegration als Ausdruck tatsächlicher revisionistischer Tendenzen. Der Zwang zur Kriegsverhütung stützte die politischen Realitäten von Jalta bereits in den fünfziger Jahren, insbesondere seit sich das nukleare Patt abzeichnete, das zugleich die zweite Grundannahme der Politik der Stärke unterminierte. Eine entscheidende Schwäche dieses Konzepts war die Vorstellung, die Wiedervereinigung lasse sich mit Hilfe der politischen Wirkungen militärischer Machtmittel erzwingen, die stark genug waren, die andere Seite zu beunruhigen, aber nicht ausreichten, sie zum Nachgeben zu veranlassen. Wie konnte man glauben, einer politischen Offensive mit militärischer Stärke Nachdruck zu verleihen, wenn man diese militärische Stärke nicht wirklich einsetzen wollte? Wie konnte man glauben, daß der Widerstand der anderen Seite zusammenbrechen würde statt sich zu verhärten? Wie konnte man glauben, daß die Sowjets ihre Position in Ostdeutschland aufgeben würden, obwohl doch klar war, daß Westdeutschland im gegnerischen Lager stand und dieses Lager zu ihren Lasten erweitern wollte? Für viele zeitgenössische Beobachter war es schon damals offenkundig, daß die Politik der Stärke nicht glaubwürdig war, ja sogar das Gegenteil dessen bewirken würde, was sie zu erreichen vorgab.(19)

Die Westintegration der Bundesrepublik Deutschland und die Versöhnung mit Frankreich waren Ergebnisse politischer Klugheit, aber der Preis für Adenauers Außenpolitik war hoch: das Unterlaufen früher westlicher Entspannungs- und Rüstungskontrollbemühungen, Unterstützung für eine neue Tradition eines unrealistischen Revisionismus und die Fortsetzung einer alten Tradition der Gegnerschaft zwischen Deutschland und Osteuropa. Adenauer traute der politischen und historischen Urteilsfähigkeit seiner Landsleute nicht, die Ideologie der "Politik der Stärke" - Grundlage der Ostpolitik seiner konservativen Regierungen - trug jedoch gewiß nicht zu dessen Verbesserung bei. Die Erblast der Hitlerzeit wurde verleugnet ebenso wie die Tatsache, daß sich eine deutliche Mehrheit der Westdeutschen für Sicherheit und Freiheit und damit gegen die Wiedervereinigung entschieden hatte, wenn es überhaupt eine Entscheidung war.(20) Der Hauptfehler der Politik der Stärke schließlich war, daß sie eine Tendenz der Fehleinschätzung sowjetisch-russischer Macht und der Überschätzung von Deutschlands Möglichkeiten fortsetzte, die bis ins 19. Jahrhundert zurückreicht. Deutschland würde politisch-militärischen Druck auf die Sowjetunion ausüben. Die Russen würden somit aus Zentral-europa herausgedrängt, und Deutschland würde wieder zu einer großen und respektablen Macht - diesmal unter dem Schuttschirm amerikanischer Überlegenheit und als Mitglied eines liberal-demokratischen Bündnisses.(21)

2.3 Revisionismus durch Verhandlungen und kalkulierte Schwäche

Das Hauptargument der Gegner Adenauers war, daß die Wiedervereinigung in der einen oder anderen Form die Zustimmung der Sowjetunion voraussetzte. Unter Druck würden die Sowjets nicht nachgeben, und schon gar nicht, wenn das Ergebnis ein wiedervereinigtes und militärisch starkes Deutschland im Bündnis mit dem Westen sein sollte. Es gab zwei Gegentendenzen zur Politik der Stärke, die beide auf eine Verhandlungslösung der "kalkulierten Schwäche" bauten: die SPD-Opposition und die Gruppe derer, die sich für einen "dritten Weg" Deutschlands bzw. Europas einsetzten.

Nach einem kurzen Flirt mit der Vorstellung von Deutschland oder Europa als "dritter Kraft" orientierte sich die SPD-Führung ebenso eindeutig wie die anderen großen Parteien in der Bundesrepublik Deutschland nach Westen; und sie war oder wurde ebenso eindeutig antikommunistisch. Aber die SPD wollte nun wirklich die Wiedervereinigung, durch die sie im übrigen zur stärksten politischen Kraft in Deutschland geworden wäre. Sie stand freilich vor demselben grundsätzlichen Problem, Sicherheit - sogar die Mehrheit der SPD-Anhänger fühlte sich von der Sowjetunion bedroht - mit Einheit zu verbinden, also für den Westen zu optieren, ohne die Russen zu verprellen. Außerdem mußte die SPD-Führung noch auf andere Traditionen in ihrer Klientel, nämlich Antimilitarismus und Neutralismus, Rücksicht nehmen.(22)

Unter dem Strich war die frühe Ostpolitik der SPD genauso widersprüchlich wie die Adenauers. In mancher Hinsicht war sie sogar nationalistischer als die des Kanzlers, und sie negierte die Realitäten des Kalten Krieges auf ihre eigene Art und Weise, indem sie diffuse kollektive Sicherheitsarrangements in Europa als Alternative präsentierte. Die SPD bewegte sich jedoch schon früh auf die NATO zu. Die Führung akzeptierte im wesentlichen die Notwendigkeit eines militärischen Beitrags zur westlichen Allianz, vorausgesetzt alle noch verbleibenden Chancen einer Wiedervereinigung würden sorgfältig geprüft. Während Adenauers Strategie die Westintegration voraussetzte und auf einen Anschluß der Sowjetzone durch Verhandlungen aus einer Position der Stärke heraus baute, wollte die SPD zuerst verhandeln. Es war eine Art Doppelbeschluß-Politik. Die Bundesrepublik würde die Aussicht der militärischen Integration als Verhandlungsmasse einsetzen, aber außerhalb der europäischen Verteidigungsgemeinschaft oder der NATO bleiben, wenn die Sowjets bereit waren, auf die DDR zu verzichten.

Nach 1955 wurde der SPD allmählich klar, daß Verhandlungen nicht zu einer baldigen Wiedervereinigung führen würden. Daraufhin löste die Parteiführung die enge Verbindung zwischen Sicherheit und Einheit und begann sich beim Aufbau der neuen Bundeswehr zu engagieren. Es besteht jedoch kein Zweifel, daß auch die SPD zwischen Realpolitik und Ideologie schwankte. Zwar akzep-

tierte sie allmählich die vollständige Westintegration, einschließlich der militärischen Dimension, sie hielt jedoch an der Idee der Wiedervereinigung fest. Aber ihre Strategie unterschiede sich von der Adenauers, und sie ließ sich leichter an den allgemeinen Ost-West-Trend der Annäherung auf der Grundlage der Teilung Europas anpassen.

Auch für die SPD hingen Frieden und Abrüstung eng mit der deutschen Frage zusammen. Aber während Adenauer fürchtete, Entspannung und Rüstungskontrolle würden seine Politik der Stärke unterlaufen, sah die SPD Spannungsminderung und Rüstungskontrolle oder Abrüstung in Europa als vorteilhaft für das Ziel der Einheit an. Diese Konsequenz war unvermeidlich. Wenn die Wiedervereinigung sich nicht im Bündnis mit dem Westen gegen die Sowjetunion durchsetzen ließ, dann war sie nur dann zu erreichen, wenn der Westen und die Sowjetunion sich über die deutsche Frage verständigen würden. Eine solche Verständigung war außerordentlich unwahrscheinlich in Perioden der Spannung, Aufrüstung und wechselseitigen Allianzbildung. Bis spät in die fünfziger Jahre entwickelte die SPD verschiedene Pläne, von denen der letzte noch einmal Entspannung, Abrüstung, Wiedervereinigung und kollektive Sicherheitsarrangements für die Länder in Mitteleuropa, die dann ihre Militärbündnisse verlassen würden, miteinander verband.(23)

Andere Gruppen und Parteien waren weit stärker neutralistisch in ihrer Orientierung als die SPD. Sie gründeten ihre Hoffnungen auf Wiedervereinigung auf die Annahme, daß es einen dritten Weg für Deutschland geben müsse und daß dies die einzige verbleibende Option sei, die Einheit in Freiheit versprach. Gustav Heinemann zum Beispiel, der die erste Adenauer-Regierung unter Protest gegen den autokratischen Stil des Kanzlers verließ und zunächst die "Notgemeinschaft für den Frieden Europas" und dann die "Gesamtdeutsche Partei" gründete - er schloß sich bekanntlich später der SPD an und wurde 1969 der erste sozialdemokratische Präsident der neuen Republik -, glaubte, seine Hoffnungen auf Einheit ließen sich durch eine kombinierte west-ostdeutsche Regierung und eine Verständigung zwischen den Siegermächten verwirklichen. Diese würden aus dem Vakuum, das die Kapitulation hinterlassen hatte, ein neues Deutschland entstehen lassen, dessen Sicherheit von den Siegern und Nachbarn zu garantieren sei. Am Ende könnte das wiedervereinigte Deutschland auch eine eigene Armee, ausreichend für Zwecke der Verteidigung, aufbauen.(24) Eine Verteidigung, die der Bundesrepublik die notwendige Sicherheit bieten und gleichzeitig die Chance für eine frühe Wiedervereinigung eröffnen würde, lag auch den Vorstellungen von Bonins zugrunde, der ein Alternativkonzept zur Strategie der massiven Vergeltung und dem Wiederaufbau der Bundeswehr in der Tradition massierter mobiler Kampfverbände entwickelte.(25) Die Verteidigung sollte strikt defensiv orientiert und an Kriterien der Schadensbegrenzung ausgerichtet sein. Von Bonins Strategie lief auf genau das Gegenteil zu Schumachers frühen Plänen für eine Gegenof-

fensive hinaus, aber sie verfolgte dieselben Ziele: Die Umgehung des spezifisch westdeutschen Verteidigungsdilemmas und die Einheit Deutschlands.

Für kurze Zeit sah es so aus, als sollte die Politik der kalkulierten Schwäche von Erfolg gekrönt sein. Die Stalin-Noten von 1952 schienen sich auf den vorgeschlagenen Handel einzulassen: Wiedervereinigung versus Verzicht auf die militärische Westintegration. Ob damals oder in der kurzen Periode nach Stalins Tod wirklich Chancen vertan worden sind, könnte heute eigentlich gegenstandslos sein. Nach dem Aufstand vom 17. Juni 1953 konzentrierte sich die Sowjetunion wieder auf die Konsolidierung Ostdeutschlands, anstatt die gesamtdeutsche Karte zu spielen, und sie gründete ihre Außenpolitik zunehmend auf die Existenz zweier deutscher Staaten. Dennoch dauert die Debatte an, sie hat in jüngster Zeit sogar wieder neues Interesse hervorgerufen.(26)

Selbst wenn die sowjetischen Angebote von 1952/53 substantiell und nicht nur taktisch gemeint waren, so muß die Aussicht auf eine annehmbare Lösung doch als sehr gering eingeschätzt werden. Die USA hatten, nach ihren Erfahrungen mit dem Byrnes-Plan von 1945/46, keine Veranlassung anzunehmen, daß die Option eines wiedervereinigten, freien Deutschland - selbst wenn es entmilitarisiert war - jemals die erforderliche Unterstützung finden würde, und zwar nicht nur von Seiten der Sowjetunion, sondern auch der westlichen Verbündeten.(27) Die Wiedervereinigung war unter allen Umständen eine riskante Option, für die Sowjets, für den Westen, ja sogar für die Deutschen selbst, und viele Diplomaten auf der Seite der ehemaligen Alliierten und auch viele Deutsche waren sich dieser Risiken sehr wohl bewußt und gaben ihnen Ausdruck.(28) Stalins Angebote an die Rechte und an nationalistische Gruppen in Deutschland sind ein Hinweis auf diese Risiken, Risiken, mit denen sich die Kritiker Adenauers nur selten ernsthaft auseinandersetzen. Wie dem auch sei, am Ende rettete der Aufstand in der DDR Adenauers Westpolitik, er signalisierte aber zugleich das Scheitern seiner Ostpolitik.

Das Hauptproblem des Revisionismus auf der Grundlage kalkulierter Schwäche war, daß ein wiedervereinigtes Deutschland aller Voraussicht nach nicht schwach sein oder jedenfalls nicht bleiben würde, und wenn es schwach blieb, dann wäre es instabil gewesen und damit auch Objekt für Destabilisierungsversuche. War dieses Deutschland aber innenpolitisch stabil, dann würde es wieder versuchen, Ost und West gegeneinander auszuspielen. Und es wäre weiterhin revisionistisch gewesen, einmal angenommen, daß Wiedervereinigung nicht den territorialen Status von 1937 wiederhergestellt, sondern nur die vier ehemaligen Besatzungszonen zusammengeführt hätte. Diese Überlegungen allein mußten erhebliche Zweifel bei Deutschlands ehemaligen Gegnern hervorrufen. Beide, Westen wie Osten, wollten ein Deutschland, das kalkulierbar war und nicht wieder außer Kontrolle geriet. Und je mehr sie sich uneins waren über die Form und den Inhalt eines wiedervereinigten Deutschland,

desto mehr konzentrierten sie sich darauf, ihre jeweiligen Einflußzonen zu stabilisieren und mögliche Übergriffe der anderen Seite zu verhindern.

2.4 Revisionismus plus Entspannung

Schon Mitte der fünfziger Jahre war deutlich geworden, daß das ostpolitische Konzept der Regierung Adenauer nicht zu verwirklichen war. Aber die Konservativen verdrängten die Realität, obwohl sich die von außen gesetzten Voraussetzungen für einen Erfolg ihrer Strategie immer weiter verschlechterten. Die Integration der Bundesrepublik in die westliche Allianz war gleichzeitig Höhe- und Wendepunkt der Politik der Stärke. Das Interesse an der deutschen Einheit ging - soweit es überhaupt bestand - im Westen und im Osten noch weiter zurück. Die Fortsetzung des Kalten Krieges und die westliche Überlegenheit waren notwendige Voraussetzungen für einen Erfolg der Adenauerschen Konzeption. Beide Voraussetzungen schwanden, das Interesse der Supermächte, die Risiken einer Konfrontation zu begrenzen, stärkte ihre Bereitschaft, den status quo zu akzeptieren. Die Doppelkrise von Kuba und Berlin unterstrich in aller Deutlichkeit den Zusammenhang zwischen Stabilität und Realität der Teilung. Für die Deutschen, insbesondere für Willy Brandt als Oberbürgermeister von Berlin, wurde die Mauer zum deutlichsten Symbol dieser Realität. Sie war eines der auffälligsten Dokumente für das Scheitern des kommunistischen Systems, zugleich aber auch ein Dokument für das Scheitern des Revisionismus. Die Sowjetunion und die DDR entschieden sich für diese häßliche Lösung, um eine ernsthafte Destabilisierung ihres Einfluß- und Herrschaftsbereichs zu vermeiden. Und der Westen konnte nichts tun, um diese Option zu verhindern; es sei denn, er hätte den Nuklearkrieg riskiert. Die Deutschen mußten sich auf die Realität der Mauer in Berlin und des Stacheldrahts entlang der sogenannten innerdeutschen Grenze einstellen, aber sie versuchten nach wie vor, die Realität des Regimes dahinter zu verleugnen. Auch das erwies sich im Laufe der Zeit als anachronistisch: die Hallstein-Doktrin des Alleinvertretungsanspruches, entwickelt als Instrument zur Isolierung der DDR, verwandelte sich zunehmend in ein Instrument der selbstverschuldeten Isolierung westdeutscher Außenpolitik.

Außenminister Schröder, der den beweglicheren Flügel der christlichen Demokraten repräsentierte, spürte diese Gefahr der Isolation; er sah auch, daß sich der Zusammenhang zwischen globaler Sicherheit und der deutschen Frage verändert hatte. Um den westdeutschen Revisionismus an die internationale Entwicklung anzupassen, versuchte Schröder eine neue Kombination: Westintegration, Revisionismus und Entspannung. Er akzeptierte, daß nur die Sowjetunion das deutsche Problem lösen konnte (dadurch, daß sie den Deutschen, die in ihrer Einflußsphäre lebten, das Recht der Selbstbestimmung zugestand) und daß die Politik der Stärke gescheitert war. Er sah auch ein,

daß Furcht und Mißtrauen gegenüber Deutschland im Osten nach wie vor eine große Rolle spielten, ebenso wie die Erinnerung an den Nationalsozialismus, der gerade in Osteuropa so grausame Spuren hinterlassen hatte. Deutschland müsse versuchen, dasselbe Vertrauen und Verständnis im Osten wiederzugewinnen, das es im Westen schon erreicht hatte. Schröder war sich bewußt, daß dies eine schwierige Aufgabe sein würde.(29)

Die Grundannahme hinter der Doppelstrategie von Entspannung plus Revisionismus war die folgende: Durch eine Verbesserung der Beziehungen zu den osteuropäischen Ländern sollten diese schließlich - in einer allgemeinen Atmosphäre der Spannungsminderung - davon überzeugt werden, daß ein wiedervereinigtes Deutschland eher mit ihren eigenen Interessen in Übereinstimmung zu bringen war als die Beibehaltung eines geteilten Deutschland als ständige Quelle der Instabilität im Herzen Europas. Die Bundesrepublik eröffnete Handelsmissionen in verschiedenen osteuropäischen Ländern; sie bot Gewaltverzichtsverträge und verschiedene Rüstungskontrollmaßnahmen an, wie z. B. den Austausch von Beobachtern bei militärischen Manövern. Was aber das Verhältnis zwischen Entspannung, Frieden und der deutschen Frage betrifft, so hielt die westdeutsche Regierung an alten Grundsatzpositionen fest, wie sie z. B. in der berühmten Friedensnote von 1966 zum Ausdruck kamen:(30)

"Sie (die Bundesregierung) ist bereit auch an solchen umfassenderen Plänen mitzuarbeiten, glaubt jedoch, daß alle Bemühungen um Sicherheit, Abrüstung und Rüstungskontrolle nur dann entscheidenden und dauerhaften Erfolg haben, wenn man Schritt für Schritt auch die Ursachen der Spannungen in der Welt beseitigt. In Europa heißt das vor allem, die Deutschland-Frage in gerechter Weise lösen, indem man dem gesamten deutschen Volk das Recht gewährt, frei über seine politische Lebensform und sein Schicksal zu bestimmen."

Die Politik von Entspannung plus Revisionismus richtete sich ausdrücklich gegen die DDR, sie war ein Versuch, sie nicht nur - wie bisher - im Westen und in der Dritten Welt zu isolieren, sondern auch im Osten. Das war auch der entscheidende Grund, warum diese Politik scheiterte. Zwar war die deutsche Ostpolitik in Bewegung geraten, eine Bewegung, die von der Großen Koalition fortgesetzt wurde. Die enge Kopplung von Rüstungskontrolle und Abrüstung an Fortschritte in der deutschen Frage wurde gelockert, ebenso die Hallstein-Doktrin mit dem Alleinvertretungsanspruch Deutschlands durch die Bundesrepublik. Die Grundlagen für Wandel wurden gelegt. Gleichwohl blieb auch die Große Koalition bei den Kernpunkten des Revisionismus fest, insbesondere der Nicht-Anerkennung der DDR und der Oder-Neiße-Grenze, und gegen Ende der sechziger Jahre geriet die Ostpolitik sowohl im Innern wie nach außen ins Stocken.

Mit der Invasion in der CSSR 1968 unterstrich Moskau, daß es nicht bereit war, eine Politik der selektiven Entspannung zu tolerieren, die den Zusammenhalt ihres Bündnissystems gefährdete. Ironischerweise verbesserte diese Invasion, ein weiterer brutaler Akt der Abgrenzung, damit auch die Chancen für eine erfolgreiche Entspannung. Sie war eine weitere bittere Dosis Realismus für die westdeutsche Ostpolitik, und sie vergrößerte zugleich den sowjetischen Spielraum für Konzessionen gegenüber dem Westen.(31) 1969, als die USA und die Sowjetunion aus ihrer eigenen Interessenlage heraus in die erste Hochphase der Entspannung eintraten, war dann endlich eine westdeutsche Regierung im Amt, die diesen Prozeß unterstützte und in mancher Hinsicht sogar anführte.

2.5 Die Neudefinition der nationalen Frage

Die SPD - jetzt in der Koalition mit einer FDP, die sich nach links entwickelt hatte und ähnliche ostpolitische Auffassungen vertrat - hatte die Westbindung bis spätestens 1960 akzeptiert und damit das Ende aller Vorstellungen von einem "dritten Weg" in Westdeutschland besiegelt. Da die SPD nie an die Wiedervereinigung durch eine Politik der Stärke geglaubt hatte, zog sie eine Weile bei der Übergangspolitik von Revisionismus und Entspannung mit. Aber sie begriff bald, daß wirkliche Entspannung die Anerkennung der Realität der Teilung voraussetzte. In einer bedeutenden Rede auf dem SPD-Parteitag in Dortmund 1966 erläuterte Helmut Schmidt die neue Parteilinie. Die Deutschen müßten sich darauf einstellen, daß auch im Westen die Angst vor einer Veränderung des status quo größer sei als der Wunsch nach einer Wiedervereinigung Deutschlands. Schmidt löste die alten Verknüpfungen westdeutscher Ostpolitik auf, sei es der Zusammenhang zwischen Frieden und Wiedervereinigung, Versöhnung und Wiedervereinigung oder Rüstungskontrolle/Abrüstung und Wiedervereinigung. Und er kündigte auch das Ende der Politik des Ostrazismus gegenüber der DDR an. In der Debatte über die Ratifizierung des Moskauer und Warschauer Vertrages 1972 unterstrich er von neuem, daß Deutschlands Nachbarn in Ost und West lieber die Teilung Deutschlands akzeptierten als sich dem Risiko auszusetzen, daß der Teil, mit dem sie in einer Allianz verbunden waren, die Seiten wechselt. Ein vereinigtes Deutschland, insbesondere der Prozeß auf dem Wege zu einer Wiedervereinigung, erscheine den meisten Nachbarn Deutschlands gefährlicher als der status quo, da er das Gleichgewicht in Europa und damit auch den Frieden gefährden könne. Frieden mit dem Westen ohne Frieden mit dem Osten bleibe ein unvollständiger Frieden, ein gefährdeter Frieden.(32)

Die neue Regierung und die Mehrheit der Westdeutschen akzeptierte nun endlich das, was Gerhard Schröder einmal die "sogenannten Ergebnisse des Zwei-

ten Weltkrieges" genannt hatte. Das war der Kern der Verträge mit der Sowjetunion, Polen und der DDR, in denen alle Vertragsparteien auf Gebietsansprüche gegeneinander und überhaupt verzichteten. Der Gewaltverzicht war nicht neu. Dazu hatte sich Deutschland schon wiederholt bei verschiedenen Gelegenheiten verpflichtet. Neu war die Kombination dieses Gewaltverzichts gegenüber dem Osten mit einer Anerkennung der politischen und territorialen Gegebenheiten. Auch damit war - schon auch verfassungsmäßigen Gründen - weder politisch noch juristisch die Option der Wiedervereinigung ein für allemal ausgeschlossen. Aber dieses Prinzip wurde nun der tatsächlichen Anerkennung des status quo untergeordnet, eines status quo, der "in einer für uns günstigen Form ... als Modus vivendi um der Sicherheit willen" zu stabilisieren war.(33)

Es ist durchaus nicht untypisch für die westdeutsche Ostpolitik, daß jemand, der emigriert war und aktiv gegen das Nazi-Regime gekämpft hatte, schließlich die Rechnung für den Krieg beglich und am Denkmal für den Aufstand im Warschauer Ghetto niederkniete.(34) Diesmal entstand daraus kein neuer Mythos vom Dolchstoß in den Rücken, jedenfalls keiner, der große Kreise zog. Die Realität der Niederlage und der Teilung der Welt und der Zwang zur Kriegsverhütung ließen sich nicht verleugnen. Aber auch die Notwendigkeit der Versöhnung mit dem Osten setzte sich endlich durch. Wenn die Bundesrepublik eine aktive Außenpolitik beibehalten und in konstruktiver Form zur Entwicklung der Ost-West-Beziehungen beitragen wollte, dann mußte sie ihren Sonderkonflikt mit dem Osten beenden. Mit den Verträgen formalisierten die Deutschen eine Übereinkunft zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion, die sich schon im Umfeld der Berlin-Krise in den frühen sechziger Jahren abgezeichnet hatte.

Die Bundesrepublik definierte den Zusammenhang zwischen Sicherheit und der deutschen Frage um. Der Osten hatte schon lange darauf bestanden, daß die Nicht-Anerkennung der deutschen Teilung den Frieden und die Stabilität bedrohe. Der Westen hatte sich dieser Interpretation eine Zeitlang widersetzt, aber es war bald deutlich geworden, daß seine Interessen und seine tatsächliche Politik dieser Interpretation sehr viel näher standen, als der verbale Tribut an den Revisionismus glauben machen konnte. Das neue Paradoxon der westdeutschen Ostpolitik war, daß der einzige Weg, die Realität der Teilung zu überwinden, darin bestand, sie zunächst einmal zu akzeptieren. Die Anerkennung der Grenzen war eine notwendige Voraussetzung für ihre Überwindung, und die - wie immer vorläufige - Anerkennung der Teilung in zwei unterschiedliche Staaten war der einzige verbleibende Weg, nationale Gemeinsamkeiten zu bewahren. Einheit bedeutete jetzt den Versuch, die Beziehung zwischen den beiden deutschen Staaten zu verbessern und gemeinsame Verantwortung wahrzunehmen. Aktive Koexistenz war eine neue und aussichtsreichere Möglichkeit, Frieden und Sicherheit mit der nationalen Frage zu versöhnen.(35)

Die SPD hatte etwa zehn Jahre gebraucht, um die Westintegration zu akzeptieren, nach ca. 15 Jahren stellte sie sich auf die Realität der Teilung ein. Die CDU, die schließlich die Westintegration zur raison d'être der neuen Republik gemacht hatte, brauchte mehr als 25 Jahre, um die unvermeidlichen Konsequenzen ihrer eigenen Politik zu begreifen. In den Diskussionen über die Verträge mit Moskau, Warschau und der DDR hielt sie noch an den alten Dogmen fest, obwohl sie sich an der Ratifizierung der Verträge beteiligte. Es waren Rückzugsgefechte, und das letzte größere dieser Art war die Gegnerschaft zum KSZE-Prozeß. Auch hier hat die CDU ihre Position verändert. Verteidigung plus Entspannung auf der Grundlage der Vertragspolitik der frühen siebziger Jahre sind zum Eckpfeiler westdeutscher Sicherheitspolitik geworden. Natürlich hat es Akzentverschiebungen gegeben, aber diese Politik hat das Ende der sozial-liberalen Koalition überdauert. Der berühmte Harmel-Bericht hatte für die atlantische Allianz die Grundlagen des Doppelkonzepts gelegt, die Verträge ermöglichten es der Bundesrepublik, diese Politik nicht nur zu unterstützen, sondern einer der aktivsten Befürworter der Entspannung zu werden.

Das Zwei-Pfeiler-Konzept fand bald breite Unterstützung in der politischen Führung und in der Öffentlichkeit der Bundesrepublik. Entspannung galt als notwendige Ergänzung zur Verteidigung bzw. gilt zunehmend als ein möglicher Ersatz dafür, ganz besonders in einem Land, in dem die Risiken eines Konflikts so hoch sind und die Friedenssicherung mit militärischen Mitteln allein als aussichtslos gilt. Verteidigung plus Entspannung bildet das Grundverständnis sowohl der sozial-liberalen wie der liberal-konservativen Weißbücher. Oder um es in den Worten von Außenminister Genscher auszudrücken, der in seiner Person zum politischen Symbol der Kontinuität geworden ist:(36)

"Die Ambivalenz der Harmel-Strategie, die die Sowjetunion als Gegner und Verhandlungspartner gleichzeitig betrachtet, beruht auf der Ambivalenz des Lebens selbst. Die Entspannung richtet sich auf das überragende Interesse des Ostens und des Westens: den Nuklearkrieg zu verhindern."

Neben der Kriegsverhütung lag das zweite Hauptmotiv für das Konzept in der Abmilderung der Teilung Europas, zum Beispiel in den greifbaren Vorteilen für die Deutschen beiderseits der Demarkationslinie und darüber hinaus für die Stabilität und Lebensfähigkeit Berlins. Das dritte Motiv war die Hoffnung, daß Entspannung und Zusammenarbeit günstige Voraussetzungen schaffen könnten für einen "evolutionären Wandel" im Osten, insoweit Entwicklungen in der Sowjetunion und in Osteuropa bzw. der DDR überhaupt von außen beeinflußt werden konnten.

Der erreichte Grad an Übereinstimmung in diesen Fragen ist überraschend, wenn man sich die harten Auseinandersetzungen, ja die politischen Krisen

vergegenwärtigt, die die Bundesrepublik in den frühen Jahren der Ostpolitik Brandts und Scheels erlebte. Auch die liberal-konservative Regierung spricht heute von einer besonderen Verantwortung beider deutscher Staaten für Frieden und Stabilität in der Mitte Europas, die aus der deutschen Geschichte und der heutigen politischen und geographischen Konstellation erwachse. Die Politik des Dialogs mit der DDR wird als Beitrag der Bundesrepublik zu einer aktiven europäischen Friedenspolitik präsentiert (37), und Honeckers Besuch - mit vollem Protokoll - im September 1987 war das deutlichste Beispiel für die Veränderung im konservativen Lager und gleichzeitig die Kontinuität der jüngeren westdeutschen Ostpolitik. Es gibt eine gemeinsame Basis für das, was die SPD gerne "Sicherheitspartnerschaft" und die CDU "Verantwortungsgemeinschaft" nennt, hier liegt der Kern für die neue westdeutsche "nationale Sicherheitspolitik", soweit ein solcher Begriff heute überhaupt noch möglich ist.

Gewiß gibt es auch Unterschiede im Rahmen dieses breiten Konsenses. Zwar hat die neue Koalition die Grundlagen der Ost- und Entspannungspolitik übernommen, aber die Kontroverse über die Wiedervereinigung und sogar die Grenzen von 1937 ist innerhalb des konservativen Lagers noch keineswegs abgeschlossen. Von weit größerer Bedeutung als die Frage der Grenzen von 1937 ist jedoch auf Dauer die Frage, ob am Ziel der Einheit prinzipiell festzuhalten oder ob es nunmehr definitiv aufzugeben sei. In einem Beitrag, den er kurz vor seinem Tode geschrieben haben mußte, erklärte sich Alois Mertes, einer der führenden Außenpolitiker der CDU, mit der Notwendigkeit einer Versöhnung einverstanden, ebenso mit der historischen Verantwortung der beiden deutschen Staaten und der Politik der kleinen Schritte zur Milderung der Teilung Europas. Aber, so Mertes weiter, Deutschland könne sich niemals mit der Teilung abfinden. In derselben Zeitschrift erklärte Egon Bahr, die deutsche Frage sei abgeschlossen, und er rief dazu auf, die Chancen zukünftiger deutscher Geschichte und Politik in der Teilung zu suchen.(38) Diese Frage ist jedoch auch im Lager der Opposition umstritten, und die jüngsten Entwicklungen haben nur bedingt zu einer Klärung der Fronten beigetragen.

3. Die deutsche Frage und die gegenwärtige Transformation des Ost-West-Konflikts

Überall dort, wo in diesen Tagen über die Veränderungen in der Sowjetunion bzw. in Osteuropa und eine Transformation der europäischen Nachkriegsordnung diskutiert wird, taucht auch die deutsche Frage auf. Nur durch das Aufbrechen der alten Systemstrukturen ist überhaupt der jüngste Massenexodus von DDR-Bürgern und -Bürgerinnen in die Bundesrepublik möglich geworden, der zugleich die Grenzen der alten Entspannungspolitik für alle sichtbar macht. Dieses Aufbrechen von Systemstrukturen, die nicht nur die Nachkriegszeit, sondern das ganze 20. Jahrhundert entscheidend geprägt haben; das spektakuläre, mit Opfern verbundene Votum so vieler Menschen für "Freiheit statt Sozialismus", jedenfalls dieses Sozialismus, und der beginnende Reformprozeß in der DDR nach Honeckers Rücktritt sind die wichtigsten Gründe dafür, daß wieder verstärkt von der deutschen Frage die Rede ist.

Ob damit schon die "Wiedervereinigung" wieder auf der Tagesordnung steht oder stehen sollte, wäre freilich erst noch zu klären. Wenn sich alte Fragen neu stellen, dann ist damit zu rechnen, daß auch die alten Antworten nicht mehr stimmen. Ende des 20. Jahrhunderts bedürfte eine solche Tagesordnung sicher einer erneuten Begründung. Dazu muß erst einmal die Frage gestellt werden, was denn überhaupt die "deutsche Frage" heute noch oder wieder oder nur heute überhaupt ist und ob diese Frage mit dem raschen Zugriff auf einen belasteten und mißverständlichen Begriff nicht eher zugestellt als beantwortet wird.

Die erste und wichtigste Antwort auf die "deutsche Frage" ist, daß sie aus zwei Fragen besteht, die zwar nicht völlig unabhängig voneinander sind, die aber sehr wohl auseinandergelassen werden müssen: die Frage der inneren Verfassung der DDR und die Frage der staatlichen Einheit. Die zentrale deutsche Frage ist nicht die Einheit der Nation, sondern die Lage der Deutschen in der DDR. Diese Priorität ergibt sich aus den Menschenrechten und dem demokratischen Selbstbestimmungsrecht, das ja gerade für die "Wiedervereinigung" immer in Anspruch genommen wurde. Daß die Selbstbestimmung die Einheit erfordere und voraussetze, läßt sich gerade angesichts der Veränderungen im realen Sozialismus nicht mehr behaupten. In der Tat haben auch konservative Politiker schon sehr früh Freiheit in der DDR oder in der SBZ, wie sie damals noch genannt wurde, über die Wiederherstellung der staatlichen Einheit gestellt. Und es ist zweitens keineswegs zwingend, daß sich eine demokratisierte DDR für die Aufhebung der Zweistaatlichkeit entscheidet.

Die besondere Brisanz des Reformprozesses in den sozialistischen Ländern besteht im Falle der DDR - für die DDR-Führung, die Sowjetunion sowie das

gesamte östliche Bündnis - in der Verbindung zwischen Systemdifferenz und Staatsraison. Die DDR sei nur als "antifaschistischer, als sozialistischer Staat, als sozialistische Alternative zur BRD" denkbar, so formulierte es kürzlich Otto Reinhold, einer der führenden Partei-Theoretiker der SED. Eine kapitalistische DDR habe neben einer kapitalistischen Bundesrepublik "natürlich keine" Existenzberechtigung.(39) Dieses Entweder-Oder pflegten führende Politiker der DDR auch mit der Friedensfrage zu verknüpfen: Der Friede in Europa verlange die Teilung Deutschlands; damit Deutschland geteilt bleibe, müsse die DDR sozialistisch sein, was dann auch soviel hieß wie: Reformen nach ungarischem, polnischem oder auch sowjetischem Muster kommen nicht in Frage.

Das Wegfallen der überlieferten Form der Systemdifferenz müßte jedoch keineswegs zwangsläufig das Ende der Zweistaatlichkeit bedeuten. Die Vereinigung mit Westdeutschland ist kein automatischer Reflex. In der Opposition und in der SED selbst finden sich politisch relevante Kräfte, die Reformen auf der Grundlage der Teilung und einer eigenen staatlichen Identität der DDR anstreben. Die Option einer weiteren deutschsprachigen und demokratischen Republik in der Mitte Europas, einer reformierten DDR ohne Anführungszeichen, ist also nicht von vornherein auszuschließen.

Daß der einheitliche deutsche Nationalstaat ein Problem für Stabilität und Frieden sein könnte, ist keine Erfindung realsozialistischer Propaganda. Das Problem ist ein Ergebnis deutscher Geschichte oder genauer deutschen Unvermögens, mit deutscher Lage und mit deutschem Vermögen sorgsam umzugehen. Die leidvollen Erfahrungen mit deutschem Imperialismus und Rassismus bleiben den Völkern Europas in verständlicher Erinnerung. Es ist eine Forderung der Moral wie des aufgeklärten Eigeninteresses, daß sich die Deutschen hüben wie drüben mit diesem Problem auseinandersetzen.

Unabhängig von der sicherheitspolitischen Problematik des deutschen Einheitsstaates im engeren Sinne stellt sich - perspektivisch - die Frage nach dem machtpolitischen Gewicht der vereinigten Potentiale von BRD und DDR. Sind nicht auch andere Formen der Friedensstörung - wenn Frieden weiter verstanden wird als die Abwesenheit von Krieg - denkbar? Könnte ein vereinigtes, macht- und nationalbewußtes Deutschland nicht mit anderen Instrumenten Druck auf seine Nachbarn ausüben? Wenn von polnischen Gesprächspartnern z. B. Bedenken geäußert werden, dann haben sie heute vor allem das Problem der wirtschaftlichen Asymmetrie im Verhältnis Deutschlands zu Osteuropa und damit das Risiko der Abhängigkeit im Auge, die gerade im Falle Polens politisch sensibel werden könnte.

Eine Reihe von Faktoren sprechen jedoch dafür, daß auch ein vereinigtes Deutschland ein loyales und friedfertiges Mitglied der sich entwickelnden ge-

samteuropäischen Völkergemeinschaft wäre. Als erster Punkt ist der schon erwähnte Grundkonsens westdeutscher Ostpolitik zu nennen, zuletzt eindrucksvoll dokumentiert in der Rede Erhard Eppers vor dem Deutschen Bundestag im Sommer anlässlich der Feier des 17. Juni. (40) Dieser Konsens, der das politische Spektrum von links bis zur gemäßigten Rechten umfaßt - man könnte ihn auch als den "Weizsäcker-Konsens" bezeichnen - gilt für folgende Annahmen:

- Andere Lösungen der deutschen Frage als die staatliche Einheit sind möglich, vielleicht - das ist kontrovers - sogar vorzugswürdig; jedenfalls kann heute auch ohne das Odium des Landesverrats über die Vorteile einer dauerhaften Zweistaatlichkeit diskutiert werden.
- Vorrang vor der staatlichen Einheit der Nation hat die Verbesserung der politischen und wirtschaftlichen Lage der Deutschen in der DDR; wenn es je zu einer Vereinigung kommen soll, dann nicht über die Destabilisierung von außen, sondern über eine sich reformierende und damit stabilisierende DDR.
- Eine Neuvereinigung der beiden deutschen Staaten könnte nur in Abstimmung mit den Nachbarn, den Verbündeten und den (ehemaligen) Gegnern im Kalten Krieg erfolgen; der Frieden in Europa ist der staatlichen Einheit der Deutschen vorgeordnet.
- Deutschland verfolgt keinerlei territorialen Ansprüche.

Es kommt hinzu, daß die Bundesrepublik Deutschland inzwischen fest in den Westen integriert ist. Selbst wenn die Klammer des Militärbündnisses, dessen ursprüngliche Funktion auch die Kontrolle Deutschlands war, eines Tages entfallen sollte, so bliebe ein deutscher Sonderweg zwischen West und Ost doch äußerst unwahrscheinlich. Die Integration umfaßt weit mehr als die militärische Dimension, sie gilt insbesondere für den ökonomischen und den kulturellen, zunehmend aber auch für den politischen Bereich. Bei global wachsender Interdependenz zählen Westeuropa und die gesamte nordatlantische Region zu den am dichtesten integrierten Gebieten. Die transnationalen Verflechtungen und die supranationalen Kompetenzen in Europa werden noch weiter zunehmen, und ein völliger politischer und militärischer Rückzug der Vereinigten Staaten aus Europa steht auch längerfristig nicht zur Diskussion.

Die Einbettung deutscher Außenpolitik gilt nicht nur für Westeuropa und den Nordatlantik, sie gilt - wenn auch noch in abgeschwächter Form - inzwischen bereits für ganz Europa. Der KSZE-Prozeß bewirkt genau jene Stabilisierung, die Europa in der Zwischenkriegszeit nicht gelungen ist. Dieser Prozeß hat nach fünfzehn Jahren die Leistungen des Völkerbundes im Bereich der Vertrauensbildung, der Spannungsminderung und der Kooperation, und zwar über die Systemgrenzen hinweg, schon bei weitem übertroffen. Die Deutschen

profitieren von diesem Prozeß, und er findet - die anfänglichen Vorbehalte der Konservativen waren bald ausgeräumt - fast einmütige Unterstützung. Mit der Zurückbildung des Systemgegensatzes wird die KSZE noch an Bedeutung gewinnen. Auch bei einem Umbau oder bei Auflösung der Bündnisse wäre eine Rückkehr zu rein nationaler Politik nicht mehr möglich; blockübergreifende Strukturen wie die multilaterale Rüstungskontrolle würden Einbindungsfunktionen der Blöcke übernehmen.

Die genannten Integrationseffekte würden auch für ein vereinigtes Deutschland gelten. Die Bundesrepublik Deutschland ist heute eine funktionierende Demokratie westlichen Typs, und es besteht keinerlei Veranlassung anzunehmen, daß sich dies bei einem Zusammenschluß der beiden deutschen Staaten ändern würde. Dabei wäre vor dem Hintergrund der deutschen Einigungsgeschichte des 19. Jahrhunderts - Scheitern der demokratischen Nationalbewegung, Einigung "von oben" und durch und mit Hilfe von Kriegen gegen Dänemark, Österreich-Ungarn und Frankreich - der demokratische und friedliche Charakter eines solchen Zusammenschlusses von besonderer Bedeutung.

Was das Gewicht der beiden deutschen Staaten angeht, so läßt sich nicht bestreiten, daß sie geographisch nach wie vor die Mitte Europas bilden, wenn auch nicht mehr in so dominierender Weise wie vor und noch nach dem Ersten Weltkrieg. Schon als Frontstaaten der beiden Bündnisse ökonomisch stark, wird ihr wirtschaftliches Potential bei zunehmender Ost-West-Kooperation weiter wachsen. Doch auch hier muß die Perspektive gewahrt bleiben. Alle Daten zeigen, daß das Gewicht der Deutschen in Europa erheblich, aber von Dominanz weit entfernt ist; vor allem, wenn man in Rechnung stellt, daß auch die Potentiale der Supermächte außerhalb der Zentralregion - in im Verhältnis zur Zwischenkriegszeit qualitativ veränderter Form - mit Europa verbunden sind bzw. auf Europa einwirken.

Außerdem würde sich eine gewisse Addition der beiden deutschen Gewichte auch bei Fortdauer der Zweistaatlichkeit ergeben; sie wäre unvermeidliches Nebenprodukt eines erfolgreichen Reformprozesses in der DDR und der sich daraus entwickelnden intensivierten Zusammenarbeit. Die wirtschaftliche Vernetzung zwischen BRD und DDR würde freilich auch auf Jahre hinaus Energien binden und zusätzliche Anforderungen an den ökologischen Umbau stellen.

Damit ist auch der Zeitfaktor angesprochen. Selbst wenn eines Tages die Vereinigung von beiden Seiten gewünscht würde und sich als praktikabel erweisen sollte, dann würde sie sich allmählich und in Etappen vollziehen. Eine Konföderation wäre wahrscheinlich ein notwendiges Zwischenstadium, vielleicht bliebe es dabei. Am Beginn eines solchen Prozesses stünde zunächst ein intensivierter Austausch zwischen zwei souveränen Staaten, wobei sich genügend Probleme einstellen dürften.

In dieser eindrucksvollen Liste fehlen die Risiken. Die Wirksamkeit der genannten Faktoren setzt ein Rationalitätsniveau deutscher Politik voraus, das möglicherweise nicht garantiert werden kann. Das Aufkommen einer neuen rechtsradikalen Partei macht deutlich, daß die hier vorgetragene Argumentation vielleicht nur eine aufgeklärte Kopf-Rechnung darstellt, die die Revolte des noch oder wieder grummelnden deutschen Bauches ignoriert.(41)

Im einzelnen beginnt diese Diskussion mit der Frage nach der Festigkeit des deutschland- und ostpolitischen Konsenses. Droht nicht eine brisante neue Kombination verschiedener deutscher Nationalismen, eine Kombination, die über den harten Kern der Republikaner hinausreicht? Da ist zunächst die allgemeine Tendenz zur Renationalisierung europäischer Politik im Zuge der Abschwächung der alten Bündnisstrukturen; besonders ausgeprägt in der Sowjetunion und in Mittelost- und Südosteuropa, aber vor den Deutschen im neuen Aufbruch der Gefühle nicht haltmachend, ja schon lange vor den jüngsten dramatischen Entwicklungen eingeleitet. Da ist insbesondere das Aufleben des alten Wiedervereinigungs-Nationalismus, der mit der DDR wieder Innenpolitik betreibt oder außenpolitisch die europäische Friedensordnung weiter von der deutschen Frage her aufrollt.(42) Da ist die deutschnationale Variante, für die Deutschland schon seit langem das geteilte Opfer der Supermächte darstellt; sie findet sich übrigens nicht nur auf der westdeutschen Rechten, sondern auch auf der Linken.(43)

Das dritte Element, trotz Überschneidung mit dem zweiten nicht unbedingt deckungsgleich, bildet der Vorbehalts-Revisionismus, der die Endgültigkeit der polnischen Westgrenze bestreitet, ausgerechnet wieder zum 50. Jahrestag des deutschen Überfalls auf Polen. Als viertes Element kann der Normalisierungs-Patriotismus gelten, der die Verbrechen "in deutschem Namen" zwar nicht leugnet, aber entweder ihre Relativität oder die zeitliche Distanz bzw. die Verarbeitung und Überwindung betont nach dem Motto, die Deutschen sollten nun endlich aus dem Schatten Hitlers hervorzutreten, wo doch eine wirkliche Buße - von einigen Verurteilungen einmal abgesehen - kaum stattgefunden hat.(44) Wird nicht die spezifische Verantwortung deutscher Politik in Europa durch diese Normalisierungsbemühungen im politischen und kulturellen Bereich verdrängt? Würden die zitierten Strukturen der Wiedergeburt eines solchen im einzelnen durchaus unterschiedlich motivierten emotionalen gesamtdeutschen Nationalismus standhalten? Die Antwort auf diese Fragen sollte die bundesrepublikanische Deutschland- und Ostpolitik nicht einer wie immer veränderten DDR überlassen, für die "Wiedervereinigung" zunächst einmal kein Thema zu sein scheint.

4. Zusammenfassung und Schlußfolgerungen

1. Die Ost-West-Beziehungen auf der Grundlage der geographischen, politischen, militärischen und systemischen Teilung der Welt hatten den Vorteil, daß sie die Einfluß- und Machtverteilung der Supermächte in Europa regulierten und die deutsche Frage kontrollierten. Die Problematik dieser Teilung bestand darin, daß sie auch in ihrer Entspannungsvariante nur eine begrenzte und politisch brüchige Stabilität bot. Begrenzt, weil sie nur sehr vermittelt den Freiheitswünschen der im realen Sozialismus lebenden Völker Rechnung tragen konnte; politisch brüchig, weil es eine Entspannung auf der Grundlage fortdauernden Antagonismus blieb und die Bündnisstruktur auf der östlichen Seite mit Gewalt aufrechterhalten wurde.
2. Die beginnende Auflösung dieser Struktur ist vor dem Hintergrund der europäischen Geschichte des 20. Jahrhunderts geradezu revolutionär. Der Reformprozeß in der Sowjetunion und in Osteuropa bietet Chancen für grundlegende Veränderungen nicht nur in den Ost-West-Beziehungen, sondern in der Weltpolitik insgesamt. Die Risiken dieses Prozesses sind gleichwohl unübersehbar. Die zentrale Herausforderung für die Politik in Ost und West besteht darin, den Systemwandel im doppelten Sinne - also den dramatischen inneren Wandlungsprozeß des Sozialismus und die Transformation des Ost-West-Konflikts in Europa und zwischen den Supermächten - ohne gewaltsame Eruptionen und Rückschläge zu organisieren. Die für Europa alles überragende Frage ist, wie stabil Politik sein kann, die die problematische, aber doch vertraute und einfache, vor allem dominierende Superstruktur des Ost-West-Konflikts verläßt und damit die komplizierte (und blutige) Vergangenheit europäischer Nationalgeschichte wieder heraufbeschwört. Bleibt diese Vergangenheit kritischer Bezugspunkt für eine aktive gesamteuropäische Politik oder entlarvt sie diese gesamteuropäische Politik als Illusion?
3. Zu den potentiellen Risikofaktoren der doppelten Systemtransformation zählt nach wie vor die Problematik des Gewichts der Deutschen in der Mitte Europas. Die deutsche Frage hat zwar aufgrund der veränderten weltpolitischen Konstellation bei weitem nicht mehr die Bedeutung wie im Kaiserreich oder in der Weimarer Republik, und sie stellt sich heute auch anders als 1945, zur Zeit des Kalten Krieges oder noch in den siebziger Jahren. Aber sie stellt sich, und zwar nach wie vor in dem Sinne: Was trauen die anderen und wir Deutsche uns selbst zu, positiv wie negativ? Daß die deutsche Frage immer noch so diskutiert wird, ist der beste Beweis dafür, daß sie auch unter veränderten Bedingungen weiter besteht.
4. Die erste Forderung an die Deutschland- und Ostpolitik der Bundesrepublik lautet deshalb, daß sie die Frage der Legitimität der politischen Ord-

nung in der DDR und die Frage der staatlichen Einheit der Deutschen auseinanderhält. Die Wieder- oder besser Neuvereinigung der beiden deutschen Staaten steht nicht auf der Tagesordnung. Solange Europa und die beiden Supermächte an der überlieferten Organisationsstruktur der Ost-West-Beziehungen festhalten wollen, werden die Deutschen die Teilung zu akzeptieren haben. Dieser Preis ist nicht zuviel verlangt, und er hat seinen politischen Gegenwert. Was auf der Tagesordnung steht, ist der friedliche Reformprozeß in Osteuropa und in der DDR. Eine politische Explosion in Osteuropa oder in der DDR wäre fatal für die gegenwärtige Phase der Transformation des Ost-West-Konflikts. Die Bundesrepublik kann der DDR die Reformen auf Dauer nicht abnehmen, etwa dadurch, daß sie kontinuierlich Teile ihrer Bevölkerung aufnimmt. Aus Interesse am inneren und äußeren Frieden ergibt sich für die Bundesrepublik ein Interesse an einer sich durch Reformen langfristig stabilisierenden DDR, völlig unabhängig von der Frage der staatlichen Einheit.

5. Ob sich im Rahmen eines solchen Reformprozesses und einer Intensivierung der deutsch-deutschen Beziehungen eines Tages die Frage der staatlichen Einheit stellt, ist heute nicht vorhersehbar. Daß eine reformierte DDR eine solche Einheit anstrebt, ist keineswegs zwingend. Wenn es dazu käme, würde sich wahrscheinlich keine denkbare politische Koalition in der Bundesrepublik dem entgegenstellen wollen oder können. Bei den Nachbarn im Westen wie im Osten würden es die eigenen ideologischen Prinzipien - Voraussetzung für das Szenario ist ohnehin, daß die reaktionäre Revision von Perestroika und Glasnost nicht stattfindet - schwer machen, sich einer solchen deutschen Neuvereinigung zu widersetzen. Machtpolitisch blieben die Risiken der Zustimmung mit den Risiken einer Verweigerung abzuwägen.
6. Daraus aber ergibt sich, daß die Fixierung auf eine dauerhafte Zweistaatlichkeit als einzig verantwortbare deutsche Außenpolitik ebenso problematisch werden kann wie die alte Fixierung auf die "Wiedervereinigung". Das Gewicht der deutschen Mitte in Europa ist nicht zwangsläufig fatal. Die (vermeintliche) Verwundbarkeit Deutschlands war genausowenig zwingend wie die Gefährdung seiner Nachbarn; beides war das Ergebnis schlechter Politik, nicht das Produkt der geographischen Lage. Warum sollten die beiden deutschen Staaten nicht getrennt oder vereint, nach Ost wie West für Europa und die Deutschen selbst jene produktive und konstruktive Rolle spielen, zu der es bisher in der jüngsten deutschen Geschichte nur Ansätze gab? Die inneren wie äußeren Voraussetzungen dafür waren noch nie so günstig. Deutschland hätte die historische Chance, ein produktives Experimentierfeld für das Zusammenwachsen des politisch und wirtschaftlich noch geteilten Europa zu werden.

7. Die Risiken einer solchen Entwicklung dürfen freilich nicht unterschlagen, die Verantwortung Deutschlands für Krieg, Zerstörung und Massenmord im Europa des 20. Jahrhunderts darf nicht vergessen werden. Die Risiken liegen wahrscheinlich weniger in einem erneuten gewaltsamen Revisionismus als vielmehr in neuem Nationalismus gepaart mit der Arroganz der Macht. Der entscheidende Test für die Außenpolitik der Bundesrepublik besteht deshalb darin, ob es ihr gelingt, die deutsche Frage nicht zu renationalisieren, sondern in der Stärkung der ideellen und materiellen Formen der westeuropäischen wie der gesamteuropäischen Zusammenarbeit aufgehen zu lassen. Vorrang vor der staatlichen Einheit der Deutschen muß der Aufbau und Ausbau einer gesamteuropäischen Friedensordnung haben. Damit würde die deutsche Frage weiter relativiert, unter bestimmten Voraussetzungen sogar gegenstandslos. Deutschland- und Ostpolitik im besten Sinne heißt deshalb neben der Unterstützung des Reformprozesses in den sozialistischen Ländern vor allem:

- Ausbau der politischen Einigung Westeuropas; Einbindung und Abstimmung der Außenpolitik im Rahmen der EPZ und des Atlantischen Bündnisses;
- Demokratisierung des europäischen Einigungsprozesses;
- Ausbau des KSZE-Prozesses und Fortsetzung der multilateralen Rüstungskontrolle;
- Verzicht auf die politische Verwendung des Rechtsvorbehalts, eindeutiger politischer Verzicht auf Grenzrevision und Grenzdiskussion;
- Beibehaltung der Bündnisstrukturen von NATO und WVO, die - so paradox das klingen mag - unter den gegebenen Umständen des Ost-West-Konflikts über Jahre hinaus der wichtigste Garant für deutsche Friedenspolitik waren; Ablösung dieser Strukturen jedenfalls nur in Übereinstimmung mit den jeweiligen Verbündeten bzw. den ehemaligen Gegnern.



Anmerkungen

- 1 In diesem Papier unterscheide ich nicht streng zwischen Deutschland- und Ostpolitik, ich verwende den Begriff Ostpolitik im weitesten Sinne. Bei der Erarbeitung dieses Beitrags habe ich von einigen Büchern und Artikeln besonders profitiert. Dazu rechnet vor allem Klaus von Schubert (Hrsg.), Sicherheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland, Dokumentation 1945-1977, zwei Bände (Köln: Wissenschaft und Politik, 1978 und 1979). Ohne diese vorzügliche Dokumentation hätte mein Beitrag nicht geschrieben werden können. Sehr nützlich war auch (und wieder) Helga Haftendorn, Sicherheit und Entspannung. Zur Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland 1955-1982 (Baden-Baden: Nomos, 1983). Für meine eigene Urteilsbildung und die historische Perspektive habe ich darüber hinaus viel gelernt von Richard Löwenthal, Vom Kalten Krieg zur Ostpolitik (Stuttgart: Seewald, 1974); Ernst Nolte, Deutschland und der Kalte Krieg, 2. Auflage (München: Piper, 1985); Günter Stökl, Osteuropa und die Deutschen: Geschichte und Gegenwart einer spannungsreichen Nachbarschaft (München: dtv, 1970); Andreas Hillgruber, "Kontinuität und Diskontinuität in der deutschen Außenpolitik von Bismarck bis Hitler", in: Gilbert Zieburg (Hrsg.), Grundfragen der deutschen Außenpolitik seit 1871 (Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft, 1975), S. 15-47; Wilfried Loth, Die Teilung der Welt 1941-1955, 2. Auflage (München: dtv, 1989); ders., Ost-West-Konflikt und deutsche Frage (München: dtv, 1989). Übereinstimmung in vielen Punkten habe ich festgestellt bei A. W. DePorte, Europe Between the Superpowers: The Enduring Balance (New Haven and London: Yale University Press, 1979), und bei Gebhard Schweigler, Grundlagen der außenpolitischen Orientierung der Bundesrepublik Deutschland (Baden-Baden: Nomos, 1985).
- 2 Die Saarfrage lasse ich hier außer acht. Ich verwende den Begriff "Revisionismus" in dem engen Verständnis von "dreigeteilt - niemals", einem früheren FDP-Wahlkampfslogan, obwohl ich mir sehr wohl bewußt bin, daß dieser Terminus sehr verschiedenartige, z. T. auch problematische historische und aktuelle Bezüge hat.
- 3 Vgl. dazu besonders Stökl, Osteuropa und die Deutschen (Anm. 1).
- 4 Vgl. Dietrich Goldschmidt (Hrsg.), Frieden mit der Sowjetunion - eine unerledigte Aufgabe (Gütersloh: Mohr, 1989), insbesondere die Artikel von Rolf-Dieter Müller über die Weimarer Zeit und Wolfram Wette über den Vernichtungskrieg. Zum Rußlandbild der Deutschen im 18. und 19. Jahrhundert und zu Brest-Litowsk vgl. auch Dietrich Geyer, "Ostpolitik und Geschichtsbewußtsein in Deutschland", Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 34/2 (1986), S. 147-159.
- 5 Die Totalitarismustheorie wurde z. B. von Karl Theodor Friedrich von und zu Guttenberg in einer heftigen Attacke auf die neue Ostpolitik während einer Bundestagsdebatte am 27. Mai 1970 verwendet. Er verglich Moskau mit Hitler und stellte die Frage: "Wo, meine Damen und Herren, ist der qualitative Unterschied, wo, frage ich, ist dieser Unterschied, wenn heute Moskau von uns fordert, jene Unrechtsgrenzen, die Moskau auf deutschem und auf anderem Boden für sein und innerhalb seines Imperiums erzwungen hat, zu respektieren und als unabänderlich zu erklären?" Zitiert nach von Schubert, Dokumentation, Teil 1, S. 317-323, S. 318.
- 6 a.a.O., S. 296-303, hier S. 299f.
- 7 Die Asymmetrie bestand darin, daß die Grundorientierung der Bundesrepublik Deutschland von einer breiten Mehrheit der Bevölkerung getragen wurde, während die Option der DDR-Führung von einer wohl ebenso breiten Mehrheit der Ostdeutschen abgelehnt wurde.
- 8 Die Kommunisten in der DDR hatten ihre eigenen Vorstellungen von der Befreiung Westdeutschlands, die sie in aggressivster Form in der Frühphase des Korea-Krieges vortrugen.
- 9 Vgl. Andreas Hillgruber, Der 2. Weltkrieg. Kriegsziele und Strategie der großen Mächte, 4. Auflage (Stuttgart: Kohlhammer, 1985). In Asien folgten die Sowjets ebenfalls ihrer überlieferten imperialistischen Tradition, wenn auch mit weniger Erfolg.
- 10 Es soll nicht unterschlagen werden, daß auch Polen eine eigene imperialistische Tradition hat, aber sie verblaßt im Vergleich zu den kombinierten Ausgriffen seiner größeren Nachbarn.
- 11 Vgl. Hillgruber, Kontinuität (Anm. 1) und insbesondere seinen ausgezeichneten Beitrag "'Revisionismus' - Kontinuität und Wandel in der Außenpolitik der Weimarer Republik", in: Andreas Hillgruber, Die Last der Nation. Fünf Beiträge über Deutschland und die Deutschen (Düsseldorf: Droste Verlag, 1984), S. 59-85. Hillgruber argumentiert dort, die Deutschen hätten zwischen den beiden Weltkriegen - wegen der veränderten internationalen Lage nach der russischen Revolution - eine geradezu einmalige Chance gehabt, in Europa eine führende Großmachtrolle zu spielen. Sie haben diese Chance verspielt, weil Hitler den Weimarer Revisionismus pervertierte und diskreditierte mit seinem rassistischen und imperialistischen Programm der gewaltsamen Expansion. Hitler konnte aber auf diesem Revisionismus nur deshalb aufbauen, weil er in fast allen seinen Ausprägungen zutiefst emotional, traditionell nationalistisch und an

- engen machtpolitischen Kategorien orientiert war und weil ihm eine echte europäische Perspektive abging.
Zu Weimar vgl. auch Michael Salewski, "Das Weimarer Revisionismus-syndrom", Aus Politik und Zeitgeschichte B 2/80 (12. Januar 1980), S. 14-25.
- 12 Vgl. die Schlußakte der Londoner Konferenz vom 3. Oktober 1954, in: von Schubert, Dokumentation, Teil 1, S. 147-152, hier S. 149-151.
- 13 Denkschrift des militärischen Expertenausschusses über die Aufstellung eines deutschen Kontingents im Rahmen einer übernationalen Streitmacht zur Verteidigung Westeuropas, 9. Oktober 1950 (Himmeroder Denkschrift), a.a.O., Teil 2, S. 91-98, insbesondere S. 96f.; Schumachers Pressekonferenz in Bonn am 23. August 1950; sein Brief an Adenauer vom 6. Februar 1951; und seine Ansprache vor den SPD-Körperschaften in Stuttgart am 17. September 1950, in: a.a.O., Teil 1, S. 74-79 und S. 114-117; Teil 2, S. 83-91.
- 14 a.a.O., Teil 2, S. 130-134, insbesondere S. 133-134.
- 15 Andere Restriktionen, z. B. für Bomber und Raketen, sind inzwischen wieder aufgehoben worden.
- 16 Vgl. dazu die Stellungnahme des Weißbuches von 1985: "Der Grundsatz der begrenzten Ziele der NATO-Strategie schließt eine Vorwärtsverteidigung kompromißlos aus. Weder ist ein präemptiver Krieg noch sind offensive und präventive Operationen, die in das Gebiet des Gegners hinein-führen, um Raum für die eigene Verteidigung zu gewinnen, politisch denkbare oder militärisch durchführbare Konzepte für die NATO. Einsatz-pläne und Führungsgrundlagen der NATO entsprechen der gültigen Bündnisstrategie. Nationale taktischoperative Führungsvorschriften, wie etwa die amerikanische AirLand Battle-Doktrin, niedergelegt im Field Manual 100-5, gelten in Europa nur, soweit sie mit den Grundsätzen der NATO-Verteidigung vereinbar sind. Von einer Absicht der USA, die Grundsätze der NATO-Strategie durch nationale Führungsvorschriften zu verändern, kann keine Rede sein." Weißbuch 1985, S. 30 (§ 61). Zu den Veränderungen des AirLand Battle-Konzepts vgl. im übrigen Manfred R. Hamm, "The AirLand Battle Doctrine: NATO Strategy and Arms Control in Europe", Comparative Strategy VII, S. 183-211.
- 17 Zum Kapitel über Adenauer stütze ich mich neben den in Anm. 1 genannten Beiträgen insbesondere auf Arnulf Baring, Außenpolitik in Adenauers Kanzlerdemokratie, 2 Bde. (München: dtv, 1981) und Josef Foschepoth (Hrsg.), Adenauer und die Deutsche Frage (Göttingen: Vandenhoeck und

- Ruprecht, 1988), insbesondere die Beiträge von Foschepoth und Klessmann.
- 18 Was die Gebiete östlich der Oder-Neiße angeht, so ist hier der deutsche Revisionsanspruch zu keiner Zeit vom Westen unterstützt worden; das wäre auch in direktem Widerspruch zu alliierten Vereinbarungen gewesen. Die Dokumente sagen lediglich, daß die endgültige Grenzziehung nur durch einen Friedensvertrag erfolgen kann. Vgl. dazu auch Karl Kaiser, "Die Bundesregierung stellt keine Ansprüche ... Konrad Adenauer und die Oder-Neiße-Linie: Frühe Einsichten in die Grenzen deutscher Politik", Die Zeit Nr. 40 (29. September 1989), S. 49.
- 19 Vgl. etwa die Rede von Carlo Schmidt in der Bundestagsdebatte vom 3./4. April 1952, abgedruckt bei von Schubert, Dokumentation, Teil 1, S. 176-177.
- 20 Auf die Frage vom August 1952 (Juli 1953), was wichtiger sei, Sicherheit vor den Russen oder die deutsche Einheit, wählten 51% (52%) der Bevölkerung Sicherheit vor den Russen, 33% (36%) die Einheit Deutschlands und 16% (12%) waren unentschieden. 64% (59%) der CDU-Anhänger entschieden sich für Sicherheit, 23% (33%) für Einheit; deutlicher gespalten waren die Anhänger der SPD in 49% (41%) für Sicherheit und 39% (45%) für Einheit. FDP-Sympathisanten lagen nahe bei den Positionen der CDU-Anhänger: 61% (55%) für Sicherheit, 27% (33%) für Einheit. Zitiert nach Hans-Erich Volkmann, Die sozialdemokratische innerparteiliche Diskussion über Sicherheit, Entspannung und deutsche Einheit (1953-55), in: Bruno Thoss/Hans-Erich Volkmann (Hrsg.), Zwischen Kaltem Krieg und Entspannung: Sicherheits- und Deutschlandpolitik der Bundesrepublik im Mächtesystem der Jahre 1953- 1956 (Boppard: Boldt, 1988), S. 153-177, S. 154.
- 21 Hier schließe ich mich eng an Hillgrubers Ausblick ganz am Ende seines Artikels über "Kontinuität und Diskontinuität" (Anm. 1), S. 47, an.
- 22 Für das Kapitel über die SPD stütze ich mich in vielem auf den Artikel von Volkmann, Die sozialdemokratische Diskussion (Anm. 20).
- 23 Vgl. Haftdorn, Sicherheit (Anm. 1), S. 91-104.
- 24 Vgl. den Artikel von Gustav Heinemann in Stimme der Gemeinde, 1. Januar 1952, in: von Schubert, Dokumentation, Teil 1, S. 178-180.
- 25 Denkschrift des Oberst a.D. Bogislav von Bonin über Wiederbewaffnung und Verteidigungsplanung der Bundesrepublik Deutschland vom März 1955, a.a.O., Teil 2, S. 110-114.

- 26 Vgl. Rolf Steininger, Eine vertane Chance. Die Stalin-Note vom 10. März 1952 und die Wiedervereinigung (Berlin/Bonn: Dietz Verlag, 1985). Steininger dokumentiert ausführlich, warum und mit welcher Art von Argumenten die Westmächte so besorgt waren über die dritte Option, aber seine Interpretation ist durchaus widersprüchlich. Einerseits gibt sich Steininger erbost über die Doppelzüngigkeit der westlichen Verbündeten zur Teilung Deutschlands; auf der anderen Seite kritisiert er Adenauer dafür, daß er nicht ausreichend versucht habe, den Osten gegen den Westen auszuspielen. Mit dem Rapallo-Komplex, den Steininger erwähnt, lassen sich die westlichen Reaktionen allein nicht erklären. Der Westen war schließlich auch mit einem Hitler-Stalin-Pakt konfrontiert worden, und hatte bis zuletzt während des ganzen Krieges nervös auf alle Anzeichen einer erneuten Annäherung zwischen Deutschland und Rußland reagiert. Vgl. zu diesem Problem auch die sehr vernünftige Zusammenfassung bei DePorte (Anm. 1), S. 147: "The temporary has lasted and has defused the problem of German unity. Knowing what we know about that, and not knowing what course a united, neutralized Germany would have taken toward the competing superpowers, or they toward it, there is no compelling reason to believe now that establishing a three-zone administration in 1946 or a united and neutralized Germany later would have led to a more stable and peaceful Europe than the very stable and peaceful Europe that did, in fact, emerge as a by-product of the cold war rivalry that fixed Germany's division."
- 27 Vgl. Hermann Graml, Die Alliierten und die Teilung Deutschlands: Konflikte und Entscheidungen 1941-1948 (Frankfurt: Fischer, 1985), S. 141-195.
- 28 Vgl. besonders das Memorandum vom Mai 1948 von R. M. A. Hankey, dem Direktor der Nördlichen Abteilung im Außenministerium in London, Steininger (Anm. 26), S. 44-45. Dieses Memo faßt die westlichen Befürchtungen über die Konsequenzen einer Einigung Deutschlands für die Ost-West-Konstellation sehr gut zusammen. Hankey schreibt z. B.: "Ein vereintes und nichtkommunistisches Deutschland, das mit dem Westen verbündet ist, wird bei der erstbesten Gelegenheit losschlagen, um seine verlorenen Ostgebiete zurückzuerobern. Die Westmächte können dann nicht zusehen, wie dieses Deutschland vernichtet und von Rußland besetzt wird. Als Verbündeter wäre ein vereintes Deutschland daher eine höchst gefährliche Hypothek. (...) Die Gefahr, daß Westdeutschland Ostdeutschland angreift, ist geringer, als daß ein vereintes Deutschland Polen angreift. Kurz gesagt: Wir würden es insgesamt viel besser im Griff haben, und es wäre eine viel geringere Gefahr für Frankreich."
- 29 Vgl. Schröders Artikel "Germany and Eastern Europe" in Foreign Affairs 1965, hier zitiert nach von Schubert, Dokumentation, Teil 1, S. 540-546.

- 30 Die Friedensnote ist abgedruckt a.a.O., S. 268-273, das Zitat S. 273.
- 31 Vgl. William Griffiths, Die Ostpolitik der Bundesrepublik Deutschland (Stuttgart: Klett-Cotta, 1981), S. 217-219.
- 32 Die Dokumente bei von Schubert, Dokumentation, Teil 1, S. 273-286 und S. 346-355.
- 33 Diese Formulierung Walter Scheels ist zitiert nach Arnulf Baring, Machtwechsel: Die Ära Brandt-Scheel (Stuttgart: dtv, 1984), S. 249 (zuerst veröffentlicht 1981).
- 34 Vgl. Willy Brandt, Begegnungen und Einsichten: Die Jahre 1960-1975 (München und Zürich: Droemersch Verlag, 1978, zuerst veröffentlicht 1976). Brandt zitiert einen Zeitungsreporter, der aus diesem Anlaß folgendes zu Papier brachte: "Dann kniet er, der das nicht nötig hat, für alle, die es nötig haben, aber nicht knien - weil sie es nicht wagen oder nicht können oder nicht wagen können." a.a.O., S. 525.
- 35 Stephen Larrabee hat folgende Formulierung vorgeschlagen: "Rather than making reunification a precondition for détente, détente became a precondition for reunification." F. Stephen Larrabee, From Reunification to Reassociation: New Dimensions of the German Question, in: ders. (Hrsg.), The German States and European Security (New York: St. Martin's Press, 1989), S. 1-29, S. 10. Das ist eine spritzige Formulierung, aber sie läßt außer acht, daß sich auch das Konzept der Wiedervereinigung verändert hat. Der Begriff "Reassociation" im Titel scheint eher angemessen. Selbst diejenigen, die noch an den alten Vorstellungen festhalten, sehen die Wiedervereinigung keineswegs als ein direkt umsetzbares politisches Konzept.
- 36 Hans-Dietrich Genscher, "Toward an Overall Western Strategy for Peace, Freedom and Progress", Foreign Affairs 61,1 (Herbst 1982), S. 42-66, S. 47.
- 37 Vgl. Weißbuch 1983, S. 5: "Die Verpflichtung gegenüber unseren Landsleuten in der DDR und die Wahrung der Einheit der Nation schließt die Verteidigung unseres freien Staatswesens ein. Gerade weil von deutschem Boden nie wieder Krieg ausgehen soll und weil beide Staaten in Deutschland eine besondere Verantwortung für den Frieden in Europa tragen, muß die Bundesrepublik Deutschland ihren Verteidigungsbeitrag im westlichen Bündnis leisten." Das war die neue Form, in der die CDU Verteidigung, Westintegration, Kriegsverhütung und die deutsche Frage miteinander kombinierte.

- 38 Egon Bahr, "Die Chancen der Geschichte in der Teilung suchen", und Alois Mertes, "An der Lösung der deutschen Frage soll auch Europa genesen", Sicherheit und Frieden III,2 (1985) S. 70-76. Die Mehrheit der Grünen vertritt heute die von Bahr hier artikulierte Position.
- 39 Zitiert nach die tageszeitung vom 28.8.1989.
- 40 Die Rede Eppers ist an verschiedenen Stellen dokumentiert, ich beziehe mich hier auf die Frankfurter Rundschau vom 20. Juni 1989, S. 11.
- 41 Ein Beispiel für diese Tendenz bietet der Beitrag von Fritz J. Raddatz "Deutschland, bleiche Mutter", Die Zeit Nr. 36 vom 1. September 1989, S. 41f. Mit dumpfer Polemik gegen die angeblich bedächtige und phantasielose etablierte Politikverwaltung aller Zeiten verdrängt Raddatz den nicht ganz unerheblichen Tatbestand, daß so manche phantasiebegabte Bewegung gegen langweiliges Stückwerksgeschäft auch schon verdammt schiefgegangen ist. Das darf man doch gerade als Deutscher nicht einfach über dem "trockenen Knarren der Fichten in der Mark Brandenburg" (Raddatz) vergessen.
- 42 Vgl. etwa die Studie von Wolfgang Seiffert, Das ganze Deutschland: Perspektiven der Wiedervereinigung (München: Piper, 1986).
- 43 Noch stärker deutsch-national - mit anti-östlichem und anti-westlichem Affekt - argumentieren Jochen Löser/Ulrike Schilling, Neutralität für Mitteleuropa: Das Ende der Blöcke (Düsseldorf: Bertelsmann, 1983) oder Peter Brandt/ Herbert Ammon (Hrsg.), Die Linke und die nationale Frage: Dokumente zur deutschen Einheit seit 1945 (Reinbek: rororo, 1981).
- 44 Vgl. dazu sehr eindringlich Ralph Giordano, Die zweite Schuld oder Von der Last, Deutscher zu sein (Hamburg: Rasch und Röhring, 1987).